

WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



MITTEILUNGSBLATT NR. 4

4. JAHRGANG

APRIL 1952

Wir im Ausland

Internationale Ausstellung in Utrecht

—oi— Unsere Abreise zur „Jaarbeurs“, zur Utrechter Messe, ist überstürzt erfolgt. Aber sie klappte. Auch unsere Beamten, denen man so gerne den „Beamten-trott“ nachsagt, und auch das Holländische Konsulat in Dortmund, hatten buchstäblich in Minuten die Pässe ausgestellt, das Visum erteilt, den Fahrzeiger auf „frei“ gestellt.

Letztes nächtliches Dunkel liegt über Dortmund. Erste Straßenbahnen klingeln vorüber. Endlose Lichterketten der Fahrräder: Kollegen, die zur Hütte fahren. Im Hauptverwaltungsgebäude sind viele Fenster erleuchtet: Unsere Putzfrauen an ihrer frühen Arbeit.

Regennaß sind die Straßen, ist die Autobahn. Hinter uns dröhnt der dunkle Ton unserer Werksirene: Schichtbeginn. Im Osten rötet sich der Morgen.

Wir überholen Dutzende schwere Lastzüge: „Giganten der Landstraße“, die die Erzeugnisse unserer Werke in alle Teile der Bundesrepublik und darüber hinaus tragen.

Hier und dort neben uns flammt es aus Walzwerken und Kokereien: Blöcke in Formung — ausgestoßener Koks. Steil recken sich Kamine und Fördertürme; sie sind das Gesicht unseres Ruhrgebietes, das bei Oberhausen hinter uns verblaßt.

Die niederrheinische Tiefebene nimmt uns auf. Nebelschleier am dünnen Geäst der Weiden, an schlanken Pappeln, die die Alleen säumen. Von Hochwasser überflutete Wiesen. Wie weiße Fetzen flattern kreischende Möwen. In gewaltiger Breite das gewellte Land des Rheines, den wir bei Wesel überqueren.

Wuchtig der Xantener Dom. Die Spuren des Krieges, die sich in die alte Stadt eingruben, sind noch nicht verheilt.

Wyler: Deutsche Grenz- und Zollstation. Die Formalitäten sind schnell erfüllt. Die Leica wird im Paß verbucht: Holland habe hohe Luxussteuern auf Photoapparate (35 %) und schütze sich vor illegalem Verkauf. „Nichts zu verzollen? Danke! Ich wünsche Ihnen gute Fahrt!“

Beek: Holländische Grenze und Zollstation. Ein neuer Stempel im Paß, ein Blick des Zöllners ins Auto: „Nichts für den Zoll? Danke!“

Der Schlagbaum geht hoch. Wir sind in Holland.

*

Holland war ein reiches Land, früher, als es seine Kolonien noch hatte. Das sagt uns jeder Holländer, mit dem wir sprechen. Das zeigt uns das gepflegte Gesicht der holländischen Flecken und Städtchen. Die Straßen sind breit und sauber. Ich habe fast ein schlechtes Gewissen, weil ich eine leere Zigarettenschachtel aus dem Autofenster warf. Die Häuser sind überall — nur die Großstädte sind ausgenommen — wie Villen inmitten bunter Gärten. Große lichte Fenster an allen Häusern. Überall Frische, Sauberkeit, Gepflegtsein. Auch die ältesten Häuser atmen Tradition und Wohlstand. Holland macht — mindestens und immer noch — den Gesamteindruck des reichen Bürgers.

Beängstigend ist der Straßenverkehr. Aber er ist fließend. Das Bild der Straßen: sehr breite Fahrbahnen, breite Radfahrwege, schmale Fußgängersteige. Denn wer ist schon in Holland, außer in den Großstädten, Fußgänger?

An Hotels, Tankstationen, Schiffsanlegestellen flattert zwischen den Fahnen der UNO-Staaten unser Schwarzrotgold. Unsere Bundesfahne weht auch — nicht an letzter Stelle — über den Gebäuden der Utrechter Messe, der „Jaarbeurs“, die wir nach vier Stunden Gesamtfahrzeit erreichen.

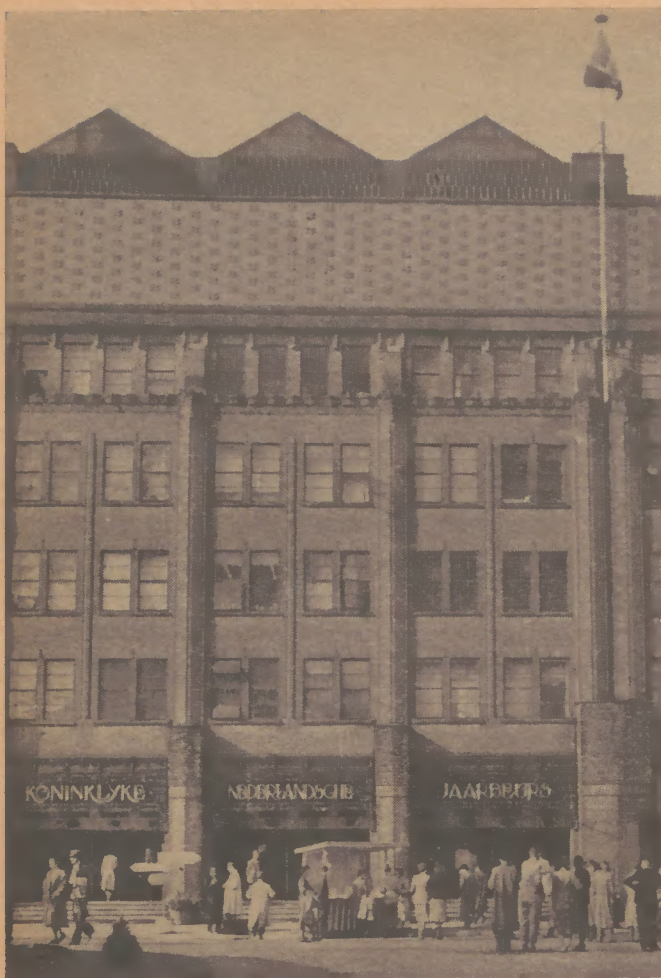
*

Es ist die erste Ausstellung internationalen Charakters, an der wir als Westfalenhütte AG teilnehmen. Es handelt sich also um einen ersten Versuch. Dieser Versuch ist restlos geglückt. Wir entnehmen dem „Handelsblatt“ Düsseldorf aus dem Bericht seines holländischen Korrespondenten:

„Eine gewisse Sonderstellung unter den Teilnehmern der westdeutschen Industrie nimmt diesmal zweifellos die Westfalenhütte AG Dortmund ein, die



Zugbrücke einer Gracht



Eingang am Hauptgebäude der „Jaarbeurs“

zum erstenmal geschmiedete Schiffswellen, die im holländischen Auftrag hergestellt worden sind, in der Halle S zeigt. Schon durch die Art der Stücke, die eine Länge von 5 bis 8 m und ein Gewicht von je etwa 7000 kg besitzen, bedeutet diese einzigartige Ausstellung eine gewisse Attraktion für die Messebesucher. Das Aufbocken der Wellen nahm gut zwei Tage in Anspruch, da in der Halle keine Krananlagen vorhanden sind. Für derartige Qualitätserzeugnisse ist höchstens noch England als Konkurrent zu werten, das

im Preis etwa 10—20 % günstiger liegt, dafür aber mit Lieferzeiten bis zu 15 Monaten gegenüber Deutschland mit höchstens 5 Monaten ins Hintertreffen gerät, so daß Aufträge für schwere Schmiedestücke vielfach doch an Deutschland vergeben werden.“

Der holländische Korrespondent setzt sich an anderer Stelle mit dem Problem eines deutsch-holländischen „Konfliktes“ auseinander und erklärt über das Verhältnis Deutschland — Holland:

„Im übrigen kann von einem Konflikt zwischen der holländischen und deutschen Wirtschaft schwerlich die Rede sein. Man kann sogar sagen, daß praktisch kein holländisches Exporterzeugnis das Land verläßt, an deren Herstellung nicht deutsche Kapitalgüter bzw. deutsche Rohstoffe beteiligt sind.

Dies kommt schließlich auch in den holländischen Außenhandelsziffern zum Ausdruck. Im vergangenen Jahr nahm Deutschland im gesamten holländischen Güter- einschl. Dienstleistungsverkehr die wichtigste Stelle ein. Mit über 1 Mrd. hfl (= holländischer Florin-Gulden) war Deutschland der beste Abnehmer holländischer Erzeugnisse; als Lieferant kam Deutschland nach Belgien mit 1,1 Mrd. hfl an zweiter Stelle, wobei Holland der größte Abnehmer deutscher Industriegüter war. Es ist daher kaum verwunderlich, daß Deutschland auf der diesjährigen Utrechter Frühmesse mit 968 Firmen weitaus an der Spitze liegt. Die Teilnehmer (zum kleineren Teil durch holländische Firmen vertreten) sind im Länderpavillon am Vredenburg, in der Hauptsache aber in der großen Ausstellungshalle S auf dem Croeselaan-Gelände untergebracht. Als zweitgrößter Teilnehmer unter den 30 Auslandsstaaten tritt die britische Industrie mit 492 Firmen auf, die im Rahmen der in England getroffenen Maßnahmen eine scharfe Exportoffensive auf den Auslandsmärkten eröffnet hat.“

Daß wir als Westfalenhütte AG bei solch starker Beschickung der Ausstellung ganz besonders hervorgehoben werden, ist ein eindeutiger Beweis unserer Qualitätsarbeit.

*

Wir und Holland

Aus den Gesprächen mit den Holländern und vor allem mit den Herren unserer holländischen Vertretung geht, stichwortartig zusammengefaßt, folgendes hervor:



Unser Ausstellungsstand



Knaben auf der Insel Marken

Ein enger wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen Deutschland und Holland ist gegeben. Die historisch gewordene Verbindung wurde durch den Krieg, in den das holländische Volk entgegen seinem Willen durch den deutschen Überfall hineingezogen wurde, zerrissen. Es war selbstverständlich, daß nach dem Kriege das holländische Ressentiment gegen alles Deutsche sehr groß und einschneidend war. Industrielle Erzeugnisse, die Holland früher aus Deutschland importierte, hat es in den ersten Jahren nach dem Krieg von anderen Ländern — vor allem von mit Deutschland strukturalähnlichen Ländern, wie Belgien, Frankreich, Schweden — bezogen. Es war für deutsche Firmen sehr schwer, in Holland wieder auf den Markt zu kommen. Von der Stahlseite — immer aus dem holländischen Blickwinkel — gesehen: Deutschland hat einen fast unbeschränkt aufnahmebereiten Inlandsmarkt — in Holland ist die Marktlage weitaus ausgeglichen. Hinzu kommt, daß die ausländischen Stahlfabrikanten während des Krieges ihre Stahlherzeugung enorm ausdehnten und nach dem Kriege den holländischen Markt mit Aufträgen überschwemmten, während gleichzeitig mit dem Ende des Krieges auch die holländische Industrie Produktionsausweitungen vornahm. Wir freuen uns über die Feststellung, daß wir trotzdem relativ gut wieder auf dem holländischen Markt in Erscheinung treten. Auch das ist ein Beweis der Leistungsfähigkeit unseres Werkes, die ihren Ursprung in der Arbeitsfreudigkeit unserer Belegschaft hat. Denn der Holländer verlangt — mit Recht — für sein gutes Geld die beste Ware.

Als Deutsche freuen wir uns vor allem, daß die Aufnahme, die wir in Holland

hatten, allgemein gut und zuvorkommend war.

Wie sahen wir Holland?

Hilversum: Das gepflegte Gesicht des Satiertseins. Eines der schönsten Hotels Europas: Gooiland. **Amsterdam:** Weltweite Aufgeschlossenheit. Kanäle, Grachten, über 30 Inseln, über 400 Brücken — das Venedig des Nordens. **Rijksmuseum:** Man wird erdrückt von den Gemälden. Goya, Tintoretto, van Leyden, Rubens, vor allem Rembrandt. Das Versinken in die „Nachtwache“ ist wie Gottesdienst; man wagt kaum zu atmen.

Vlendam: Unwahrscheinlich viel Kinder in bunten Trachten. Fahrbetrieb nach der Insel Marken, auf der seit Jahrhunderten die Familien untereinander heiraten. Hier blieb die Welt stehen. Enormer Fremdenverkehr: Alles für die Fremden und von den Fremden.

Den Haag: Regierungssitz, mit 600 000 Einwohnern das größte Dorf der Welt, denn Den Haag besaß niemals Stadtrechte und wurde im Verlauf der wechselvollen Geschichte niemals verteidigt. Drei königliche Paläste. Sitz der großen internationalen Gesellschaften. Haager Friedenspalast mit internationalem Gerichtshof — noch heute. Der Palast, eine Stiftung des amerikanischen Stahlkönigs Carnegie, wurde bei 6 Millionen Gulden Baukosten im Jahre 1913 fertiggestellt und kurz vor dem ersten Weltkrieg eingeweiht. — Vorort Scheveningen; internationales Weltbad; daß er gleichzeitig Fischereihafen ist, erhöht den eigenartigen Reiz. — Vorort Wassenaar: Hier wohnen die Vornehmen von Industrie und Handel.

Nordwijk aan Zee: Der vornehme Badeort. Hotel-Fluchten. — Unweit liegt Keukenhof mit Ausstellung sämtlicher Zwiebelblumen-Sorten. Allein in einem einzigen Treibhaus 175 000 Tulpen in allen Farbspielen. Von 600 Millionen Gulden Agrarexport entfallen über 25 Prozent auf Tulpenzwiebeln.

Alphen am alten Rijn: „Avifauna“ = einzigartige Ausstellung von zehntausenden Vögeln aus aller Welt.

Alkmaar: Der zentrale Käsemarkt; die Käser sind noch in uralten Gilden organisiert und an den Farben



Jungbäuerinnen

ihrer Mützen als Gildenbrüder kenntlich. Käse ist einer der wichtigsten Exportartikel.
Tausend Städte, Städtchen, Dörfer, Flecken — nichts ist gleichförmig; tausend Unterschiede in Kleidern, Tüchern, Mützen, Haartrachten. Das ganze Land ist ein Kulturmuseum — trotz der Moderne.

Was uns besonders auffiel:

Die Preise sind den deutschen annähernd gleich. Für 300 DM gibt es rund 275 Gulden. Textilien sind billiger; sie sind jüngst im Preis gesunken.
Disziplin, Sauberkeit, Haltung. Vielleicht ist folgendes charakteristisch: Die holländischen Woh-

nungen haben Gardinen nur zur Dekoration; jeder Passant hat von der Straße aus ungehinderten Einblick in die Wohnungen; das holländische Familienleben vollzieht sich fast in der Öffentlichkeit. Man sagte mir: „Wir Holländer haben nichts zu verbergen!“
Diese vorbehaltlose Offenheit sollte für uns im Verkehr mit Holland und den Holländern beispielhaft sein.
In einem holländischen Hotel sah ich ein riesiges Wandgemälde. Allegorisch zeigte es, wie sich aus dem zerschlagenen Gestern und dem schweren Heute die bessere Zukunft erhob. Möge diese bessere Zukunft auch Deutschland und Holland verbinden und für beide Partner segensreich sein.

Das USA-Kohlegeschäft

Seit gut einem Jahr ist nicht nur in unseren Berichten, sondern auch in den Tageszeitungen auf das Problem des Importes von USA-Kohle hingewiesen worden. Im Zusammenhang mit unseren deutschen Kohle- und Koks-Exporten sind darüber hinaus Vermutungen laut geworden — es sei nur an den Ausdruck „Heimkehrerkohle“ erinnert — die es angebracht erscheinen lassen, in unserem Mitteilungsblatt über dieses Gesamtgeschäft einen Überblick zu geben. Auch die widerspruchsvolle Tatsache, daß wir von 45% USA-Koks, entsprechend über 30 000 t/Monat, in unserem Hochofen-Durchsatz gesprochen haben, während tatsächlich kaum eine einzige Tonne wirklichen amerikanischen Kokses in die Ofen kam, wird im Rahmen des ganzen Zusammenhanges ihre Erklärung finden.
Darüber hinaus dürfte es für jeden von Interesse sein, einen Einblick in die Zweckmäßigkeit, den Umfang und auch die Notwendigkeit dieses Geschäftes zu bekommen. Es wird nicht ganz ohne Zahlen möglich sein. Wer jedoch wirkliches Interesse hat, möge sich einmal die Mühe machen, sich mit diesen Zahlen auseinanderzusetzen.

Vergegenwärtigen wir uns in großen Zügen die Entwicklung der letzten drei Jahre.

Im Jahre 1950 herrschten noch Schwierigkeiten beim Absatz nicht nur unserer Stahlprodukte, sondern im allgemeinen. Bei einer Rohstahlproduktion von insgesamt etwa 900 000 t im Monat — die Westfalenhütte produzierte etwa 80 000 t — lagen noch große Bestände an Koks auf den Halden; also weder die Hüttenwerke noch die Kokereien waren ausgelastet. So war es nicht nur in der Bundesrepublik, im Ausland war es ähnlich.

Durch die Korea-Krise im Juni 1950 stieg allenthalben die Nachfrage und damit die Produktion. In dem Moment nun, als der steigende Koksbedarf der deutschen Hochofen zu decken war, pochte auch das europäische Ausland auf seine Exportquote. Dies führte im Oktober 1950 dazu, daß aus der laufenden Produktion der deutschen Kokereien der steigende deutsche Bedarf neben dem Exportanspruch nicht mehr befriedigt werden konnte. Der gleichzeitige Export nicht nur von Koks, sondern auch von unverkokter Kohle gestattete nicht einmal die volle Ausnutzung der Kokereien, so daß nunmehr auf die aufgelagerten Bestände zurückgegriffen werden mußte. Hierdurch konnte noch kurze Zeit der schlimmste Notstand überdeckt werden, der dann aber ab Dezember 1950 bis zum Februar/März 1951 kraß in Erscheinung trat. Das Stillegen einer Reihe von Hochofen war das äußere Alarmzeichen. — Wir legten im Oktober 1950 den Ofen I, im Januar 1951 den Ofen III still.

Zur Kennzeichnung der gegebenen Entwicklung und der entstandenen Zwangslage möchten wir einige Zahlen bringen:

	Gesamterzeugung an Koks in Zechen- und Hüttenkokereien	zum Export	zum Einsatz in Hochofen	zusammen	Prozentsatz von der Gesamterzeugung
	in 1000 t	in 1000 t	in 1000 t	in 1000 t	in %
1949 monats-	2095	650	585	1235	59,0
1950 durch-	2278	678	748	1426	62,5
1951 schnittlich	2801	824	877	1701	60,8

Oktober 1951	2973	881	963	1844	62,0
November 1951	2912	872	974	1846	63,3
Dezember 1951	3018	872	986	1858	61,6
Januar 1952	3000				
Februar 1952	2900				
März 1952	3100				

Man sieht, wie sich die Kokserzeugung, der steigenden Nachfrage folgend, erhöht und in den letzten Monaten des Jahres 1951 eine Höchstproduktion erreicht. Die letzten Monatszahlen können wir als derzeitige äußerste Möglichkeit annehmen.

Man sieht aber auch, wie der Export, der ja für uns Verpflichtung ist, gleichzeitig ansteigt mit dem höheren Einsatz der deutschen Hochofen. Wenn wir den jetzigen Bedarf der deutschen Hochofenwerke mit etwa 1,1 Mio. t im Monat beziffern, so sieht man an den Verbrauchszahlen der Hochofen, daß der Bedarf nicht gedeckt wurde.

Wer unserer Ausführung genau gefolgt ist, wird fragen:

Wo bleiben die nicht aufgeführten etwa 40% der Kokserzeugung?

Hierzu die Erklärung, daß nur etwa 60% der Kokserzeugung für den Hochofen aus Sortengründen verwendbar ist. Die übrigen 40% wandern in den Hausbrand und zu anderen Verbrauchern. Man sieht aus den Prozentzahlen des tatsächlich für Export und Hochofen verwendeten Anteiles, daß der hochofenfähige Anteil des Kokses sogar über 60% liegt, also restlos ausgeschöpft ist.

Und die Kohle-Förderung?

Mit einem kurzen Seitenblick wollen wir auch die Grundlage der Kokserzeugung, nämlich die Kohle-Förderung, streifen. Man rechnet mit 70% Koks-Ausbringen aus der Kokskohle, d. h. also: für die 3 Mio. t/Mo. Koks werden 4,3 Mio. t Kokskohle benötigt. Die Gesamt-Steinkohleerzeugung im Bundesgebiet hat sich nun in demselben Zeitraum folgendermaßen entwickelt:

Kohle	
1949	8,6 Mio. t/Monat
1950	9,2 " "
1951	9,9 " "
Oktober 1951	10,5 " "
November 1951	10,3 " "
Dezember 1951	9,8 " "
Januar 1952	10,7 " "
Februar 1952	10,2 " "
März 1952	10,8 " "

Mit einer Kohleerzeugung von über 10 Mio. t im Monat müßte also an sich der Kokereibedarf zu decken sein. Hier spielt jedoch die Sortenfrage eine ausschlaggebende Rolle, d. h. nur ein Teil der Förderung, nämlich im wesentlichen die Fettkohle, ist zur Verkokung geeignet. Von dieser wiederum muß ein zu großer Anteil in den Export und zu den anderen Verbrauchern laufen. So verblieb trotz der erfreulich steigenden Kohlenproduktion zu wenig verkokungsfähige Kohle für die Kokereien übrig. Die fehlende Menge von zeitweise 400 000 bis 500 000 t/Monat mußte

eingeführt werden. Erst nach Auffüllung dieser Lücken konnten die Kokereien ausgelastet werden.

Es sei zusammenfassend nochmals festgestellt, daß heute die deutschen Kokereien nicht in der Lage sind, mehr Kohle zu Koks zu verarbeiten. Mit der steigenden Förderung an deutscher Kohle überhaupt und damit auch an verkokungsfähiger Kohle steigt nicht die Gesamtkoks menge, wohl aber kann der Anteil der einzuführenden USA-Kohle herabgesetzt werden. Eine Erleichterung für die Hütten ist nur von einer Senkung des Koksexportes oder von dem Neubau deutscher Kokereien zu erwarten. Aus dem Kurvenbild ist zu sehen, daß tatsächlich der Anteil amerikanischer Kohle infolge Steigerung des deutschen Anteiles wieder zurückgeht.

USA-Kohle gegen Stahl

Die Einfuhr von USA-Kohle geschah zunächst ausschließlich im Austausch gegen Stahl. Erst Ende 1951 ging man, wie weiter unten ausgeführt wird, zum Ankauf gegen frei Dollar über. Bevor wir auf die Frage der Kosten und Berechtigung dieses Kohlenimportes gegen Stahl export, des sogenannten „Re-Exportgeschäftes“, eingehen, möchten wir zunächst in großen Zügen den praktischen Ablauf der Kohle-einfuhr erklären. Es wird vielleicht manchem noch überraschende neue Kenntnisse vermitteln.

Die amerikanische Produktionsmöglichkeit an Kohle von etwa 800 Mill. t im Jahre wird z. Z. mit etwa 40–50 Mill. t im Monat ausgenutzt, wobei die Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes bei etwa 500 Mill. t im Jahre liegen mag. Die Bestände dort werden z. Z. auf 75 Mill. t geschätzt. Bei diesen Verhältnissen drüben machen die 25 Mill. t, die Europa im Jahre 1951 bei einem eigenen gesamten Bedarf von etwa jährlich 485 Mill. t eingeführt hat, nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern werden von Bergbaukreisen sogar begrüßt.

Zur Illustrierung der dort gegebenen Verlademöglichkeiten sind wir in der Lage, einige Bilder zu bringen. Wenn man

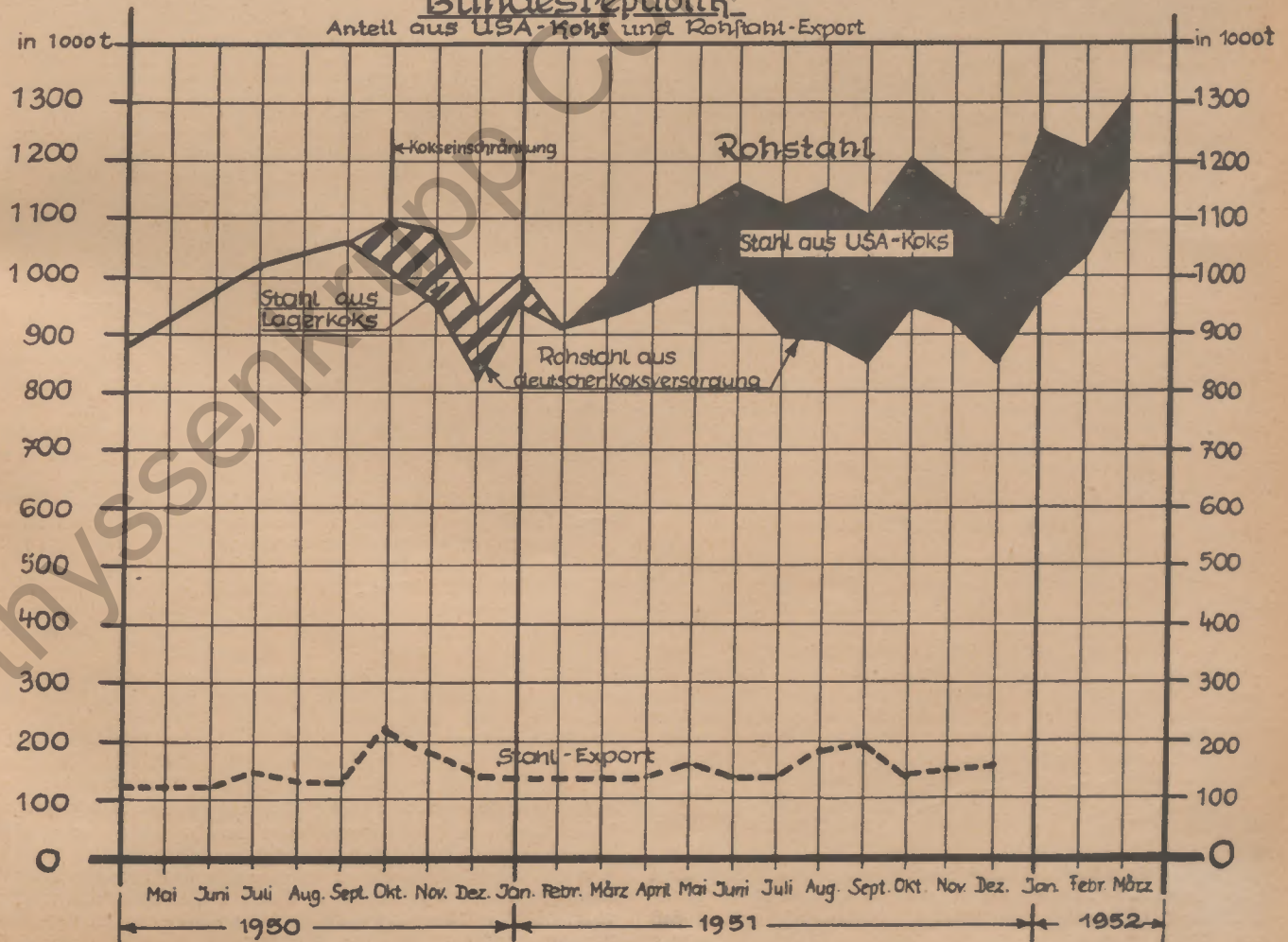
weiß, daß diese Tausende von Waggons eine Ladefähigkeit von meist 100 t haben, so bekommt man einen Eindruck von dem Kohlestrom, der z. Z. nach Europa fließt.

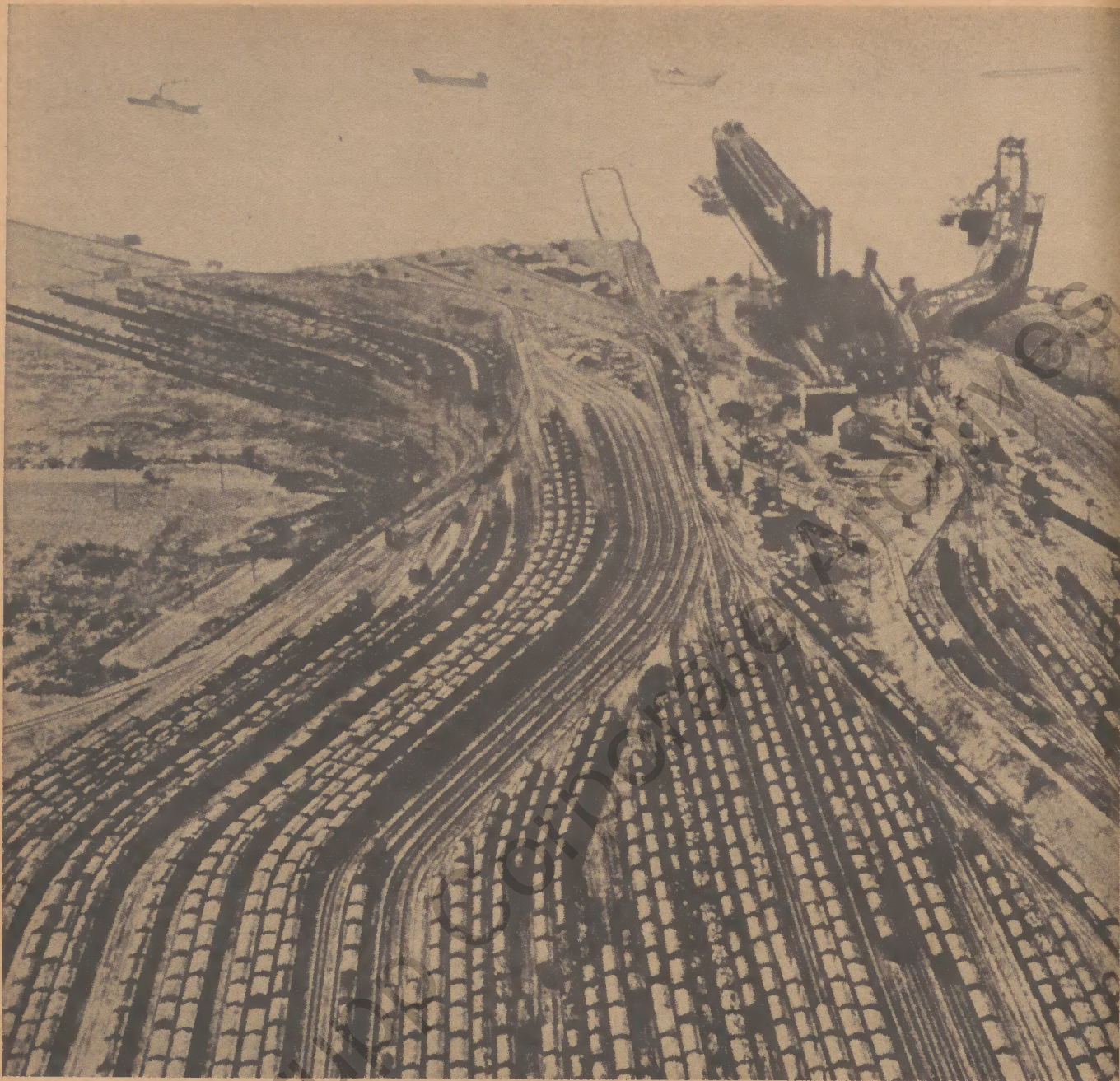
Wegen des Überangebotes an Kohle ist diese in Amerika zu einem für unsere Begriffe billigen Preis (etwa 25–26 DM je Tonne) zu kaufen, jedoch ist der Exportpreis höher (10–12 \$ = 42–50 DM), und außerdem muß die Kohle ja per Schiff nach Europa gebracht werden. Da dies überwiegend mit amerikanischen Schiffen erfolgt, ist die Fracht, die im Jahre 1951 zwischen 10 und 12,5 \$ schwankte, nicht nur preislich, sondern auch devisenmäßig eine schwere Belastung. 500 000 t Kohle im Monat bedeuteten 5–6 Mill. \$ Fracht. Vornehmlich durch Freistellung vorher nicht ausgenutzten amerikanischen Schiffsraumes für Kohlenfahrten ist es inzwischen gelungen, diese Seefracht erheblich zu drücken. Auch konnte deutscher Schiffsraum eingesetzt werden. So stellt sich der Preis für US-Kohle jetzt und in Zukunft — besonders auch in Dollar — billiger. Kommt der Kohlendampfer nun beispielsweise in Rotterdam an, so sollte man annehmen, daß die Kohle dort in Rheinkähne umgeschlagen wird und zu den nicht ausgenutzten Kokereien läuft. Dies ist jedoch, soweit die Zechen- und Hüttenkokereien in Frage kommen, nicht der Fall, und zwar sind hierfür Qualitäts- und Frachtfragen ausschlaggebend. Die Zechen- und Hüttenkokereien sind auf eine bestimmte deutsche Kokskohle eingestellt. Die Mischung deutscher mit der an sich wohl hochwertigen USA-Kohle, die aus verschiedensten Zechen stammt und in ihrer Struktur und ihrem Verhalten bei der Verkokung nicht genügend bekannt ist, würde ein Wagnis bedeuten, das die Zechen- und Hüttenkokereien im allgemeinen nicht eingehen können und wollen. Die importierte USA-Kohle wird daher nicht unmittelbar den Kokereien zugeführt, sondern dazu benutzt, um im Wege des Austausches verkokungsfähige deutsche Kohle für die Kokereien freizustellen.

Vergegenwärtigt man sich weiter, daß die an der Ruhr gewonnene Kohle nicht nur im Ruhrgebiet, sondern im

Rohstahlproduktion der Bundesrepublik

Anteil aus USA-Koks und Rohstahl-Export





Kohlenladestelle für die Seeadampfer im amerikanischen Verladehafen

ganzen Bundesgebiet benötigt wird, daß also ein breiter und sich weit verzweigender Kohlestrom in alle Gebiete Deutschlands läuft, so lassen sich an einem einfachen Beispiel die Möglichkeit und die Auswirkung einer zweckmäßigen Lenkung klarmachen.

Verkokungsfähige Ruhrkohle verbleibt bei den Ruhrzechen und Hütten!

Statt z. B. 10 000 t Kohle von Dortmund nach Emden zur Versorgung dieser Stadt zu fahren, leitet man ein mit USA-Kohle einkommendes Schiff zum Seehafen Emden und beliefert aus seiner Ladung die Stadt Emden zum Inlandpreis. Der so um seiner Verpflichtung gegenüber Emden entlastete DKV (Deutscher Kohlen-Verkauf) ist nun in der Lage, die entsprechende Menge verkokungsfähiger Ruhrkohle den Kokereien und in Form von Koks unseren Hochöfen zuzuführen. Man spart auf diese Weise nicht nur die Frachtkosten Emden—Dortmund für die USA-Kohle und Dortmund—Emden für die Ruhrkohle, sondern entlastet den Verkehr, kann eigene Kohle in bekannter Qualität verkoken und den Koks dem Hochofenwerk auf kürzestem Wege zuführen.

Dieses einfache Beispiel zeigt nur das Prinzip auf. Im großen gesehen verteilt sich die amerikanische Kohle auf die ganze Bundesrepublik, sogar einschließlich Süddeutschland, so daß die entsprechende Menge verkokungsfähiger Ruhrkohle

direkt bei den Zechen und Hütten verbleibt. Eignungs- und Verkehrsfragen lenken somit die Kohle auf den rationellsten Weg.

Im Zuge der Entwicklung dieses USA-Geschäftes konnten dann die Kokereien der Zechen und Hütten ausgelastet werden. Der Bedarf der Hochöfen war jedoch immer noch nicht gedeckt. Da griff die Entwicklung auch auf die Kapazitäten der Gaswerke über, die aber direkt mit amerikanischer Kohle versorgt wurden. Ebenso wie die USA-Kohle im Falle der Hütten und Zechenkokereien, wird auch der Gaswerkskoks im allgemeinen teils aus Qualitäts-, teils aus Frachtgründen gegen Ruhrkoks ausgetauscht, d. h. er wird an Koksverbraucher im Bereich des Gaswerkes, die normalerweise Ruhrkoks beziehen, verkauft, und der so „freigestellte“ Ruhrkoks geht den Ruhrhütten zu. Nur in den wenigen Fällen, in denen ein solcher Austausch nicht möglich oder aus Qualitätsgründen nicht erforderlich ist, läuft der Gaswerkskoks den Hochöfen unmittelbar zu. Auch die Gaswerkskapazitäten, die zusätzlich etwa 50 000 t/Mo. Koks bringen, können heute als ausgelastet angesehen werden.

War diese Entwicklung nun vor einem Jahr vorzusehen? Vom Standpunkt der Einzelfirma aus gesehen, kann das Risiko hier nur angedeutet werden. Denken wir an die Zeit vor dem Anlauf dieses Austauschgeschäftes. Der Exporteur mußte den Kohlekauf in den USA sichern, die Schiffe chartern, den Umschlag und die Verkokung vorausdisponieren und auf Grund eines Abkommens mit der deutschen

Hütte bereits über die entsprechenden Gegenlieferungen in den USA rechnen. Alles mußte termingemäß und kurzfristig gehen. Denn die Kohle mußte ja bezahlt werden in Dollar, und diese Dollar standen erst zur Verfügung aus den Stahlverkäufen. Demgegenüber mußte die Hütte sich verpflichten, die durch die USA-Kohle mögliche Mehrerzeugung sofort zur Verfügung zu stellen. Nicht nur jede Tonne USA-Austausch-Koks, die aus deutscher Lieferung hätte gedeckt werden können, bedeutete einen Verlust an Material für das Inland, sondern auch jedes Kilogramm Stahl-Fertigerzeugnis, das man im Ausland je Tonne Kohle zuviel zugesagt hätte, hätte laufenden Verlust gebracht. Dabei war die Entwicklung der deutschen Koksversorgung im Frühjahr 1951 absolut unübersichtlich!

„60 000 t Kohle“, lautete unser erster Abschluß mit der Import- und Exportfirma Otto R. Krause, Düsseldorf. Die ersten 14 000 t Austausch-Koks liefen im März 1951 zu, der Hochofen I wurde angeblasen, die ersten Gegenlieferungen gingen im gleichen Monat hinaus. Das USA-Geschäft lief an — und griff auf andere Hüttenwerke, ja, auf die ganze deutsche Schwerindustrie in ungeahnter Weise über.

Und die finanzielle Seite?

Die Vorüberlegungen haben also durch die Entwicklung ihre Bestätigung bekommen. Wir wollen jetzt wieder rechnen und versuchen, in großen Zügen klarzumachen, wie sich kostenmäßig die Einfuhr dieser Kohle auswirkt und was der Export als Gegenlieferung für uns als Hüttenwerk bzw. für die deutsche Wirtschaft bedeutet. Hierzu sind wieder einige Zahlen erforderlich.

Wir erwähnten bereits, daß aus einer Tonne Kohle 70 Prozent = 700 kg Koks erzeugt werden. Mit Koks wird Roheisen, aus Roheisen Rohstahl erzeugt. Aus 1000 kg Rohstahl bleiben als Fertigerzeugung etwa 550 kg (Feinbleche) bis zu 750 kg (Formstahl, Stabstahl) übrig. Wenn

nun, vor allem durch die Fracht, die Tonne USA-Kohle teurer wird als die deutsche Kohle, so müssen diese Mehrkosten von dem Endprodukt getragen werden; das heißt also: diese Mehrkosten müssen um so höher werden, je hochwertiger das Fertigerzeugnis und je niedriger damit mengenmäßig das Ausbringen ist.

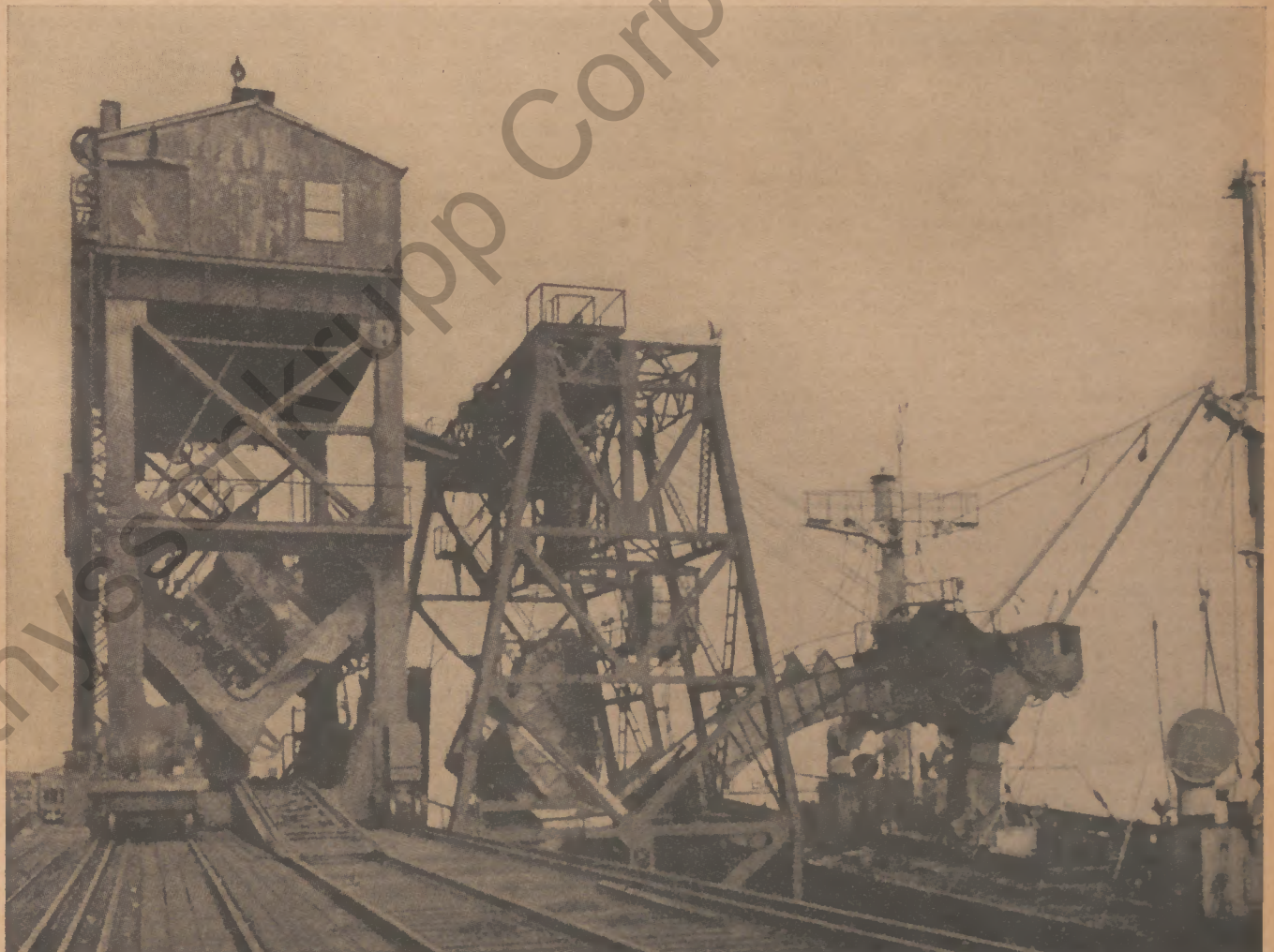
Da bisher bei den Inlandspreisen für Kohle und Stahlerzeugnisse kaum Verdienstspannen bleiben, mußten die durch die Importkohle entstehenden Mehrkosten durch die Preisspanne zwischen Inlands- und Exportpreis des Stahles abgedeckt werden. Wegen der schwankenden Preise für Stahlerzeugnisse auf dem Weltmarkt können wir nun unmöglich exakte Zahlen bringen. Wir wollen trotzdem versuchen, in einem Schema die Verhältnisse verständlich zu machen.

Zunächst einige Fachausdrücke:

„fob“ = free on board = frei an Bord (also ohne Seefracht),
 „cif“ = cargo + insurance + freight = Ladung + Versicherung + Fracht (also der Preis beim Ausladen im europäischen Hafen), „c. u. f.“ = cargo + freight = Ladung + Fracht (ohne Versicherung).

Die Mehrkosten für den Koks aus amerikanischer Kohle errechnen sich gegenüber dem deutschen Koks folgendermaßen:

	je Tonne:
USA-Kohle „fob“ 10,50—12,50 \$	= 50,— DM
Fracht USA — Europa 12,50 \$	= 52,50 DM
USA-Kohle „cif“ Rotterdam	102,50 DM
Verkaufsspesen und Inlandsfracht	etwa 10,50 DM
Gesamtkosten für USA-Kohle	113,— DM
Nettoerlös aus Verkauf der USA-Kohle zum Inlandspreis	38,— DM
Mehrpreis für 1000 kg USA-Kohle	75,— DM



Beladung eines Seedampfers mit amerikanischer Kohle über einen Kipper mit Laufband

Hieraus errechnen sich an Mehrkosten für das jeweilige Erzeugnis:

Koks	700 kg	75,—	$\frac{1000}{700}$	= 107,— DM
Roheisen	580 kg			= 133,— DM
Rohstahl (Thomas)	520 kg			= 148,— DM
Formstahl	400 kg			= 195,— DM
oder Grobbleche	350 kg			= 220,— DM
oder Feinbleche	300 kg			= 255,— DM

Wer trägt den Mehrpreis?

Diese Rechnung bedeutet nichts anderes, als daß der auf der Kohle liegende Mehrpreis von derjenigen Menge Fertigerzeugnis getragen werden muß, die aus dieser Kohle hergestellt werden kann. Diese preisliche Mehrbelastung des Fertigproduktes ist nun durch den Mehrerlös im Export gegenüber dem Inlandpreis aufzubringen. Die Möglichkeit hierzu ergibt sich aus den entsprechenden Preisen, die wegen ihrer Schwankungen hier nur in der Größenordnung gegeben werden können:

	Stabstahl	Grobbleche	Feinbleche
Inlandpreis	336,25 DM	348,— DM	485,65 DM
Weltmarktpreis	588,— DM	715,— DM	798,— DM
	(140,—) \$	(170,—) \$	(200,—) \$

Aus der Differenz zwischen Weltmarkt- und Inlandpreis ist nun die oben errechnete Mehrbelastung des jeweiligen Stahlerzeugnisses zu decken. Aber nicht nur diese, sondern neben den ganz erheblichen Finanzierungskosten bei der Bereitstellung des Dollars auch noch der gesamte Aufwand des Exporteurs, der bei der Art des Geschäftes nicht unterschätzt werden darf.

Die einfachste Vorstellung von der Abwicklung dieses Geschäftes wäre nun die, daß man sich zwischen Hütte und Exporteur einen Vertrag denkt, nach welchem der Exporteur unter Einschaltung einer Kohle-Importfirma uns als Hütte den Koks zum normalen Inlandpreis liefert und dafür von uns zum normalen Inlandpreis seine Lieferung bezieht. Dann muß der Exporteur von seinem Mehrerlös im Ausland den Mehrpreis der Kohle aufbringen. Je größer seine Gegenlieferung von der Hütte, desto eher ist er dazu in der Lage. Das Hüttenwerk darf aber nicht mehr gegenliefern, als aus dem entsprechenden Koks erzeugt werden kann.

Wie liegen nun hier die Verhältnisse?

Aus den obengenannten Zahlen ist zu entnehmen, daß entsprechend 1000 kg Kohle etwa 400 kg Fertigerzeugnisse im Höchstfalle zur Verfügung stehen. Vergewärtigt man sich weiter, daß der Exporteur von uns im dauernden Wechsel diejenigen Produkte erwartet, die, je nach der Weltmarktlage, auch den notwendigen Aufpreis garantieren, so kann man sich eine erste Vorstellung davon machen, welche Überlegungen und Schwierigkeiten damit verbunden sind, um diese Wünsche immer mit den Verpflichtungen gegenüber der Kundschaft zu vereinbaren, die auf unsere gewohnten Lieferungen angewiesen ist. 30 000 t USA-Kohle im Monat bedeuten etwa 12 000 t Gegenlieferung, die in einem Programm von 30 000 t untergebracht werden mußten. Auf der Gegenseite steht die rein sachliche Feststellung, daß bei Nichtbezug dieser Kohle der Rohstahl nicht produziert worden wäre und damit auch nicht zur Verfügung gestanden hätte. Da nun im Laufe der Monate die Gegenlieferungen rein mengenmäßig gegenüber dem tatsächlichen Ausbringen, also unter 400 kg/t Kohle, gesenkt wurden, dürfte der gelegentlich erhobene Vorwurf der Schädigung der Kundschaft jeder Grundlage entbehren. Das Gegenteil ist nachweislich der Fall.

Wir nennen offene Zahlen

Wir scheuen uns nicht, und zwar gerade im Interesse der Klarstellung der Verhältnisse, hier den Umfang unseres USA-Re-Exportgeschäftes in Zahlen darzustellen:

Gesamtumfang unseres USA-Geschäftes:

Seit März 1951 wurden bezogen	
Kohle	326 760 t
entsprechend Koks	228 720 t
Hieraus konnte nach unserer Rechnung erzeugt werden	
Rohstahl	185 000 t
Gesamt-Rohstahl (März 1951 — Januar 1952)	1 064 000 t
USA-Anteil	17,5 %

Aus den 185 000 t Rohstahl aus USA-Koks sind herzustellen mit einem mittleren guten Ausbringen von 78 %

Fertigerzeugnisse	146 000 t
Hiervon Gegenlieferungen:	
Export	77 080
Vertraglich gebunden ins Inland	53 169
Gegenlieferungen gesamt	130 249 t
Zusätzlich erzeugte „freie“ Menge	15 751 t
Zusätzlich fürs Inland insgesamt	68 920 t

Also zusätzliche Rohstahlmengen von 185 000 t haben uns in dieser Zeit Beschäftigung gegeben und von den zusätzlichen Fertigerzeugnissen von 146 000 t sind 68 920 t im Lande geblieben. Auch unseren Abnehmern sind erhebliche Mengen von den Inlands- und auch Exportmengen zur Verarbeitung zuge laufen.

Die weiterverarbeitende Industrie hat also keine Veranlassung, in dem USA-Geschäft eine Schädigung ihrer Interessen zu sehen.

Versorgung und Verrechnung

Zur Abrundung des Gesamtbildes müssen wir aber die Verhältnisse, die wir hier am Beispiel unseres Werkes geschildert haben, noch auf die gesamte deutsche Wirtschaft ausdehnen. Die sogenannte weiterverarbeitende Industrie ist nicht genügend versorgt. Sie könnte tatsächlich um die Menge Rohstahl besser versorgt werden, die bei dem Re-Exportgeschäft als Gegenlieferung für die USA-Kohle von den Hüttenwerken direkt exportiert wurde. Dann muß jedoch diese Industrie dafür den Mehrpreis und auch die Devisen aufbringen. Tatsächlich wurde aus diesem Grunde im November 1951 der Eisenpreis erhöht, der von der weiterverarbeitenden Industrie aufgefangan werden sollte, und die Dollars wurden nun regierungsseitig zur Verfügung gestellt, soweit sie aus dem Überschuß der zeitweilig aktiven Handelsbilanz freigemacht werden konnten. Das heißt also, wenn beim Re-Exportgeschäft entsprechend den für eingeführte USA-Kohle aufgewendeten Dollars von den Hüttenwerken exportiert werden mußte, so wird diese Kohle jetzt mit aus dem Gesamthandel freien Dollars bezahlt. Also: „\$-Koks“ statt „Re-Exportkoks“ für die Hütten. Die Verrechnung geht gewissermaßen über die ganze Wirtschaft statt über den Exporteur, d. h. über höhere Kohle- und Eisenpreise allgemein. Die Verhältnisse sind dadurch nicht einfacher geworden. Wenn allein unsere Hütte bis 1. März 11,4 Millionen DM für solche „freie Devisen“ = USA-Kohle vorlegen mußte, ohne bisher den Gegenwert zu übersehen, so mag das die Lage andeuten. Die Erklärung hierfür ist die, daß bis zu diesem Zeitpunkt 125 000 t Kohle für uns „drüben“ verladen wurden, also auch bezahlt werden mußten, von denen zwar 70 000 t Austauschkokks zu liefern, aber preislich noch nicht ausgeglichen wurden.

Anerkennenswerte persönliche Initiative

Wer unseren Ausführungen gefolgt ist, wird zugeben müssen, daß schon das Begreifen dieser Zusammenhänge nicht ganz einfach ist. Er wird deshalb anerkennen, daß das Anpacken dieses ganzen Geschäftes mit dem damit verbundenen Risiko im Frühjahr 1951 eine sehr genaue Beurteilung nicht nur der Verhältnisse, sondern auch der möglichen Entwicklung voraussetzte. Man kann den Schrittmachern auf diesem Wege die Anerkennung nicht versagen.

Wenn Anfang Februar 1952 die Fa. Otto R. Krause, deren Importeur „Haniel“ und die drei Hüttenwerke Westfalenhütte, Rheinhausen und Haspe, die gemeinsam dies Import-Export-Geschäft begingen, das Jubiläum der 1 000 000. Tonne USA-Kohle begingen, so steht dahinter

die in schwerster Zeit und durch persönliche Initiative ermöglichte Erzeugung von über 500 000 t Rohstahl.

Ohne dieses USA-Kohlegeschäft wären die kurzfristigen Einbrüche in die Produktion von Anfang 1951 nicht in drei Monaten behoben gewesen. Daß darüber hinaus das Risiko dieses ganzen Geschäftes nicht gering war, beweist der seit kurzem eingetretene Umschwung auf dem Weltmarkt. Die Preise gehen erheblich zurück, und sogar der amerikanische Export kann sich wieder bemerkbar machen. Es ist vielleicht als ein glücklicher Umstand zu bezeichnen, daß heute der deutsche Kohlenbergbau mehr und mehr in der Lage ist, entsprechend dem Gesamtbedarf zu fördern. Denn es dürfte fraglich sein, wie lange überhaupt noch die Rechnung aufgeht, daß durch den Mehrerlös des Exportes die Mehrkosten für die Kohle abgedeckt werden können.

Unsere Rohstahlkurve

Der März ist als langer Monat immer ein Rekord-Monat gewesen. So zeigt auch die Rohstahlkurve unserer Westfalenhütte mit

109 000 Tonnen

eine neue Nachkriegs-Höchstleistung, die aber den Durchschnitt des besten Geschäftsjahres 1938/39 mit 114 000 t noch nicht erreicht hat.

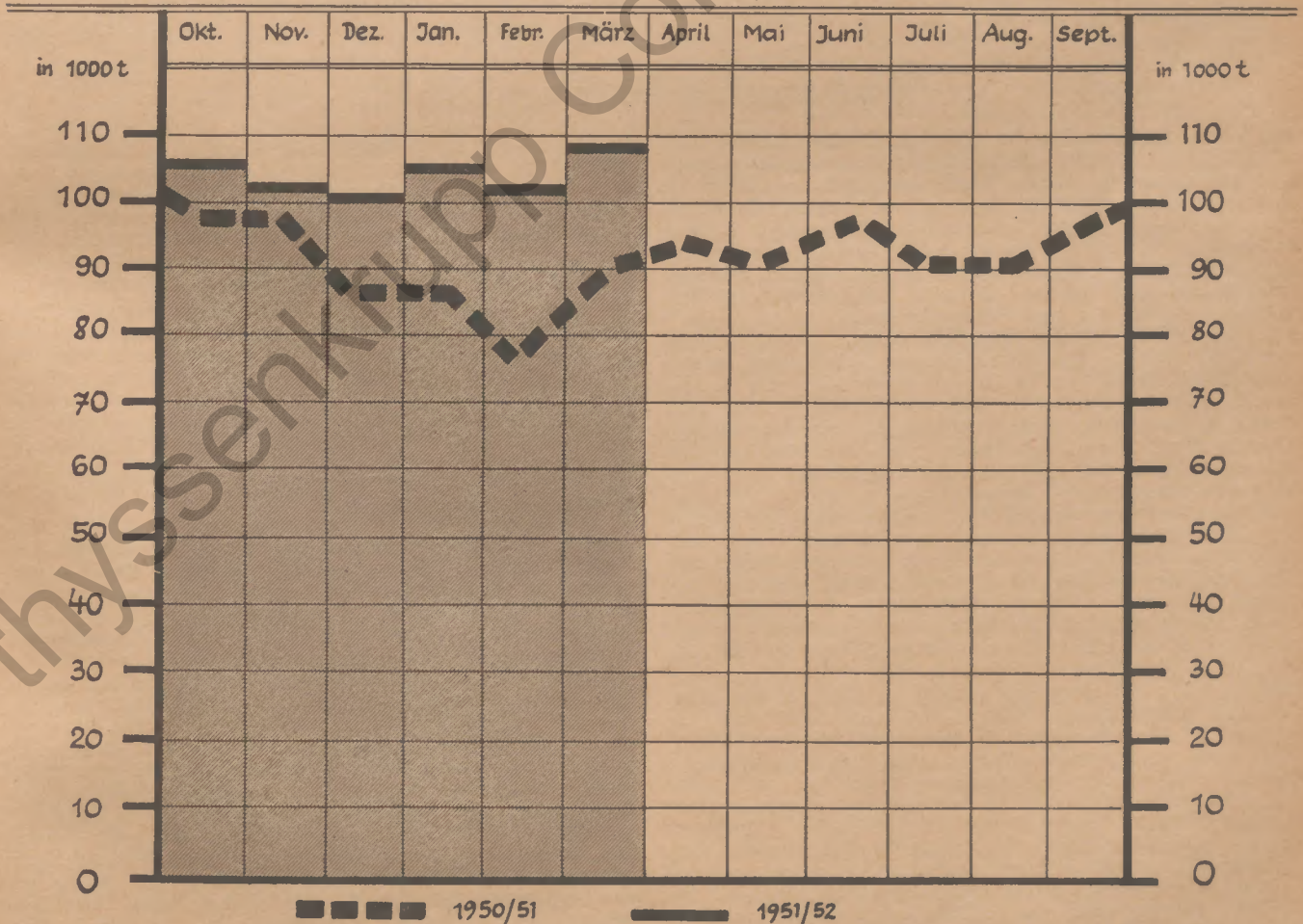
Wir haben damit den Januar mit seinen 105 000 t nochmals erheblich übertroffen und auch, arbeitstägig gerechnet, die Erzeugung weiterhin steigern können. Wir wissen, daß die guten Produktionszahlen der letzten Monate auf der vollen Auslastung unserer Hochöfen beruhte. Die jetzige Spitzenleistung ist dadurch möglich geworden, daß wir einmal an allen 5 Sonntagen wegen der Reparatur eines Mischers die Sonntag-Nachtschicht ausnutzen mußten und daß zum anderen das Martinwerk mit 50 470 t eine neue Nachkriegsbestleistung erreichte.

Wie bei unserer Westfalenhütte war auch die Rohstahl-Erzeugung des Bundesgebietes mit 1 318 000 t eine seit dem Kriege noch nicht erreichte Rekordleistung. So sind wir trotz unserer guten Produktion über einen Anteil von 8,3 % an dieser Gesamterzeugung nicht hinausgekommen. Dies ist insofern

unbefriedigend, als wir bei etwa 9,3 %, d. h. 10 000 t höher, liegen müßten. Dies ist der Anteil, der sich aus den Vorkriegsverhältnissen ergibt. Auf eine ganz sachliche Formel gebracht heißt das, daß die anderen Werke uns in der Gesamtentwicklung voraus sind.

Beziehen wir unsere Rohstahlerzeugung auf die Arbeitsweise des Stahlwerkes und der Blockstraßen, so liegen wir z. Z. bei 4000 t/Tag. Diese Leistung ist praktisch seit Oktober vorigen Jahres erreicht und bis einschließlich März gehalten worden. Die Monatschwankungen sind arbeitszeitmäßig, d. h. durch die Länge des Monats bedingt. Diese Rohstahlmenge wäre für unsere eigene Versorgung zwar ausreichend, nicht aber für Hohenlimburg und für die übrigen Konzernwerke. Durch das Anblasen unseres 5. Hochofens noch Ende dieses Monats können wir die uns bisher gesetzte Grenze überschreiten, jedoch wird dies erst nach einer mehrmonatigen Anlaufzeit voll in Erscheinung treten, da Umbauten und Reparaturen an den Hochöfen und auch in den Walzwerken im Mai und Juni noch Einschränkungen mit sich bringen werden. Ab Juli müßten die Voraussetzungen gegeben sein, daß Produktionszahlen wie jetzt im März mit einiger Sicherheit in jedem Monat zu erwarten sind. Es ist zu hoffen, daß dann auch die Koksversorgung des fünften Hochofens voll gesichert ist. —Fr—

Unsere Rohstahlerzeugung



Die Ruhr im Schmelztiegel der Zeit

2. Synthese zwischen Kollektivismus und Individualismus

Neben den im ersten Artikel dargelegten technischen Produktionsproblemen stehen wir in Kohle und Eisen an der Ruhr weiter vor dem Problem der Synthese zwischen Kollektivismus und Individualismus im einzelnen Betrieb. Dieses Problem stellt sich in unseren Betrieben mit ihren Tausenden von Mitarbeitern in einer ganz besonderen Form. Die Unternehmen selbst ebenso wie die Gewerkschaften und die Betriebsräte sind bemüht, die Riesenbetriebe wieder zu „vermenschlichen“, d. h. Organisationsformen zu entwickeln, die jedem einzelnen das beruhigende Gefühl vermitteln, in seiner täglichen Arbeit zugleich den ihn als Mensch befriedigenden Wirkungsbereich zu finden.

Wesentliche Fortschritte, so glaube ich sagen zu können, sind auf diesem Gebiete erzielt worden. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, möchte ich dazu nur folgendes noch bemerken: In den Großbetrieben geht es nicht mehr um den Gegensatz zwischen Kollektivismus und Individualismus, sondern allein noch um die Alternative: Kollektivismus oder Gemeinschaftsgeist. Die Lebens- und Arbeitsformen im Massenzeitalter und im Großbetrieb sind andere als die einer vergangenen Zeit.

An „kollektivistischer Handlungsweise“ kommen wir eigentlich nirgend mehr vorbei. Aber es ist ein Unterschied, ob sie auf der Grundlage eines echten, tiefen Zusammengehörigkeitsgefühls, eines Gemeinschaftsgefühls erfolgt oder im Rahmen einer autonom gewordenen Apparatur, wie wir sie in manchen modernen Staatsformen und Wirtschaftsformen finden. Kollektivismus endet in der Diktatur, Gemeinschaftsgeist in der Demokratie.

Daß wir in unseren Betrieben den Gemeinschaftsgeist wollen und das Kollektiv ablehnen, ist hinreichend bekannt. Wird diese Aufgabe nicht in diesem Sinne gelöst, werden wir uns um den Aufbau eines gesunden demokratischen Staates nicht mehr lange den Kopf zu zerbrechen brauchen. Daß wir hier fast vor der Quadratur des Kreises stehen, sollte sich jeder klarmachen. In der Vorstellungswelt des modernen Massenmenschen ist die Forderung nach sozialer Sicherheit letzten Endes nur noch vom Staat zu er-

füllen; sie wird daher auch primär gegenüber dem Staat erhoben. Und der von der Staatsbürokratie geforderte und ihr leider oft auch allzu leicht bewilligte Preis für die angebliche soziale Sicherheit ist der Verzicht auf gewisse staatsbürgerliche Grundrechte gegenüber dem Staat. Diese Auseinandersetzungen gehen in Massenbetrieben mit fest organisierter Arbeiterschaft zwangsläufig in anderen Formen vor sich als in anderen Unternehmen. Gelegentlich müssen wir an der Ruhr uns mit einem Zitat aus Wilhelm Tell verteidigen und zugleich selbst trösten: „Vom sicheren Ort läßt sich's gemächlich raten!“

Als drittes und letztes Problem möchte ich auf die überaus schwierige Frage der „Vermenschlichung unserer Organisationsformen“ hinweisen. Meines Erachtens sind alle unsere Bemühungen um die Ordnung der „humans relations“ in den einzelnen Unternehmen zum Scheitern verurteilt, wenn wir nicht gleichzeitig in der Organisation der Unternehmen untereinander, also in den großen Verbandsorganisationen unserer Wirtschaft, in den großen Zusammenschlüssen gleichartiger Unternehmen auf fachlicher und/oder regionaler Grundlage zu einer weisen zahlenmäßigen Beschränkung und inhaltlichen Auflockerung kommen. Im Verhältnis zu seinem Verband (oder einer ähnlichen Einrichtung) ist das einzelne Unternehmen nicht anders zu sehen als der einzelne Mitarbeiter im Verhältnis zu seinem Betrieb. Auch das einzelne Unternehmen braucht Freiheit in der Ordnung, wenn es ringend um die beste Leistung nicht im Kollektivdenken versinken soll. Wir wollen keine aus der Angst geborene Flucht in das Kollektiv, weder des Menschen noch des Betriebes: Wir wollen die opferwillige, pflichtbewußte Bereitschaft zur Gemeinschaft für die Erfüllung der Aufgaben, die wir trotz besten Willens und größter Anstrengung nicht allein zu lösen vermögen. Hier liegen die großen Probleme des gemeinschaftlichen Kohlenverkaufs, der DKBL überhaupt, der Solidarität der Eisen- und Stahlindustrie, aber auch der übrigen Industrie, ja der Wirtschaft überhaupt. **Werden diese Probleme nicht sachgemäß gelöst, schmieden wir uns selbst die Ketten, unter denen wir dereinst seufzen und stöhnen werden.** (Schluß folgt)

Kunstaussstellung Eisen und Stahl

Die Vorbereitungen für die Kunstaussstellung EISEN und STAHL Düsseldorf 1952, die am 30. April die Pforten öffnen soll, sind nun in den letzten Abschnitt eingetreten. Die Jury unterzieht die rund 5000 eingesandten Kunstwerke einer ersten Betrachtung. Das Kunstpreisausschreiben hat Widerhall im ganzen Bundesgebiet gefunden. Alle Künstler, seien es Maler, Graphiker, Bildhauer, Kunstschmiede oder Meister des Eisenkunstgusses, haben darauf vertraut, daß die Juroren bei ihrer Arbeit sich nur ihrem Gewissen und ihrer Verpflichtung als Preisrichter verbunden fühlen. Es ist deshalb sicher, daß Werke aller Kunstrichtungen Aufnahme in die Ausstellung finden, wo sie vielen Tausenden von kunstbegeisterten Mitbürgern eine Augenweide sein werden. Wir hoffen, daß die Kunstwerke Schöpfungen sein werden von Künstlern mit klingendem Namen und von Meistern der schönen Künste, die bisher unbeachtet von der Kunstwelt im verborgenen gewirkt haben.

Die Künstler waren verpflichtet, wenigstens zwei Werke einzusenden, von denen das eine themagebunden sein muß, d. h., daß es sich in irgendeiner Form mit einem Motiv aus dem Bereiche des Eisens und Stahls befaßt, während das Thema des zweiten Werkes freigestellt ist. Die Künstler sollten damit nicht in eine Zwangsjacke gesteckt werden, und für die Ausstellung sollte auf diese Weise eine erhöhte Vielfalt an Sujets gewährleistet werden.

Neben der zeitgenössischen Abteilung, die sich aus dem Ergebnis des Preisausschreibens zusammensetzt und die Werke der Malerei, Graphik, Bildhauerei, Kunstschmiedearbeit und des Kunstgusses bietet, ist noch in diesem ganzen Bereich eine historische Abteilung vorgesehen, für deren Zusammenstellung die größten Anstrengungen gemacht worden sind. Außerdem sind für eine besondere Abteilung „Industrielle Formgebung“ beispielhafte Gestaltungen hervorragender Formgeber zusammengetragen worden. In dieser Abteilung sowie auch in der historischen Abteilung sind für die Kunstgattung einmalige Schöpfungen ermittelt und nach Düsseldorf gebracht worden. Insgesamt betrachtet, hat ein

Einblick in das Ausstellungsmaterial uns den Eindruck vermittelt, daß die Kunstaussstellung EISEN und STAHL Düsseldorf 1952 eine Veranstaltung von überragender Bedeutung und bleibender Geltung sein wird. Schon jetzt liegen Anmeldungen zum Besuche nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland vor, und schon jetzt hat die Nachfrage nach dem Ausstellungskatalog eingesetzt.

Die Ausstellung wird am 30. April mit einem feierlichen Akt eröffnet und während des ganzen Monats Mai dauern und erst am 2. Juni 1952 zu Ende gehen. Es ist das Bemühen und das ernste Anliegen der Veranstalter und der Kreise, die die Ausstellung finanziert haben, nicht nur das kunstfreudige Publikum als Besucher zu gewinnen, sondern auch Tausende von werktätigen Menschen an diese Werke der Kunst heranzubringen und ihnen zu zeigen, wie diese Ausstellung die Brücke vom Künstler zur Industrie und allen in ihr tätigen Menschen schlägt.

Bei Redaktionsschluß sind bei der Ausstellungsleitung über 5000 Kunstwerke der namhaftesten deutschen Künstler eingegandt worden. Die Ausstellung wird in Fachkreisen mit Recht als die größte Kunstaussstellung der Nachkriegszeit in Westeuropa bezeichnet. Bundespräsident Professor Heuß hat für den Ausstellungskatalog ein Geleitwort geschrieben. Der Katalog wird mit seinen literarischen Beiträgen, mit seinen vielen und teilweise farbigen Reproduktionen ein Handbuch werden, das geeignet ist, unsere Werksangehörigen mit dem Wesen der deutschen Industrie bekanntzumachen und sie gleichzeitig an die Ausdrucksformen künstlerischen Schaffens heranzuführen. Der Preis des Katalogs ist mit 1,50 DM bewußt niedrig eingesetzt worden, um möglichst vielen Schaffenden den Erwerb des Katalogs zu ermöglichen. Da mit einem schnellen Absatz des Katalogs gerechnet wird, bitten wir um umgehende Bestellung — möglichst unter Einzahlung des Betrages — bei der Pressestelle, Dortmund, Eberhardstraße 23.

Neue Großanlagen im Kohlenbergbau

Der westdeutsche Steinkohlenbergbau kann das von der OEEC gesteckte Förderziel von 150 Mill. Jahrestonnen bis 1956 nur dann erreichen, wenn es gelingt, für die im Fluß befindlichen Ausbaupläne aus ECA-Mitteln und Staatsbeihilfen den Fehlbedarf von 450 Mill. DM aufzubringen. Dazu fehlen allerdings noch rund 100 Mill. DM für den Bergarbeiter-Wohnungsbau, der ebenfalls 450 Mill. DM beansprucht, und etwa 100 Mill. DM für weitere Mechanisierung des Untertagebetriebes.

Sieben große Zentralschächte, teils geplant, teils begonnen, und die in der zweiten Ausbaustufe stehenden Zechen Walsum und Haus Aden, werden dem Revier nach ihrem Ausbau ein neues Gesicht geben. Der moderne Großschacht Emil Mayrich des Eschweiler Bergbauvereins bei Jülich im Revier Aachen nimmt schon in Kürze mit einer Anfangsleistung von 400 t täglich seine Förderung auf. Die Ausbaukosten der ersten Etappe beanspruchen noch 65 Mill. DM. In der letzten Ausbaustufe sollen nach zehn Jahren täglich 8000 bis 10 000 t Kohlen gefördert werden, in der vorletzten etwa 6000 t.

Im Dortmunder Raum stehen schon die Fördertürme und Übertageanlagen für den Zentralförderschacht Germania der BGAB in Lütgendortmund, für den noch 52 Mill. DM beansprucht werden. Schon in Kürze soll diese Anlage die bisher von den Zollernschächten geförderten 4000 Tages-tonnen aufnehmen. Die gleiche Menge soll zusätzlich aus dem Aufschluß des neuen Grubenfeldes Germania gewonnen werden.

In der zweiten Ausbaustufe stehen bereits die Thyssen-Schächte Walsum, die ihr Ausbausoll von 10 000 t täglich schon zur Hälfte erreicht haben und die im Mehrheitsbesitz der Bergbau AG Ewald/König befindliche Zeche Haus Aden in Oberaden bei Lünen mit einem Leistungsziel von 5000 t, die ihr Soll ebenfalls erst zu 50 v. H. verwirklichten. Im fortgeschrittensten Stadium steht der Ausbau der Schachanlage

Brassert der Arenberg'schen Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb GmbH. (vormals Rheinische Stahlwerke in Essen) in Polsum, Amt Marl. Wenn die unterirdische Verbindung mit Brassert I ausgebaut ist, wird die in diesem Grubenfeld gewonnene Kohle unterirdisch zu Brassert II gebracht und dort aufbereitet. Bis auf die Schachthalle sind die Tagesanlagen, wie Sieberei und Verwaltungsgebäude sowie der Werksbahnanschluß, schon erstellt. Nach ihrer noch 28 Mill. DM erfordernden ersten Ausbaustufe wird mit 8000 t (bei 2000 t Mehrleistung) gerechnet.

Eine weitere Leistungssteigerung bringt das Verbundbergwerk Franz Haniel in Oberhausen-Nord mit 15 000 t Fördersoll, in das die Gutehoffnungshütte noch 90 Mill. DM stecken muß. Der Schacht steht bereits, an Kessel- und Kompressorhaus wird noch gebaut. Der erste Ausbaubestandteil des Zentralschachts Friedrich Heinrich IV/V beansprucht weitere 25 Mill. DM.

Das ganze Bild der angrenzenden Landschaft werden die Großschachtanlagen Rossenray und Polsum umgestalten. Fachkreise haben die mit über 100 Mill. DM im neuen linksrheinischen Kohlengraben Kamp-Lintfort im Kreise Moers und im benachbarten Rheinberg aufzubauende Schachtanlage der Krupp-Gewerkschaft Rossenray die „modernste Doppelschachtanlage der Welt“ genannt und die Kohlenschätze ihres Grubenfeldes auf 200 bis 300 Mill. t geschätzt. Auch der Großschacht Polsum der Hibernia in der Gemeinde gleichen Namens im Landkreis Recklinghausen braucht noch rund ein Jahrzehnt bis zur Förderreife und 90 Mill. DM für die Anlaufzeit. Bei der neuen Zeche Minister Achenbach in Brambauer bei Lünen zeichnen sich ebenfalls wesentliche Veränderungen der ländlichen Umgebung ab. Hier, vor allem aber bei Rossenray und Polsum, rückt die Kohle in ein Gebiet, in dem landschaftlich wie verkehrstechnisch und siedlungspolitisch Fehler der Vergangenheit vermieden werden können.

Rationalisieren!

Nach wie vor ist die Erhöhung der Produktivität das wirtschaftliche Kernproblem der europäischen Volkswirtschaften. Der Weg zum sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg führt allein über die Hebung der Arbeitsproduktivität. Innerhalb der OEEC-Staaten sind gegenüber der Vorkriegszeit Erhöhungen in den skandinavischen Ländern, der Schweiz, in den Benelux-Staaten und Frankreich zu verzeichnen. Schweden führt mit einer Erhöhung um etwa 43 v. H. In Italien, Großbritannien und Österreich hat sich praktisch die Arbeitsleistung auf dem Vorkriegsstand gehalten. Dieser Vorkriegsstand wurde in Westdeutschland im abgelaufenen Jahr erreicht, allerdings nur bei einem Vergleich zu 1936, während die übrigen Länder sich auf 1938 beziehen, als auch in Westdeutschland die Produktivität mehr als 10 v. H. über der von 1936 lag. Damit steht Westdeutschland von allen OEEC-Staaten im Verhältnis zur Vorkriegsleistung am ungünstigsten.

Westdeutschlands Produktivität entwickelte sich innerhalb der einzelnen Industriezweige außerordentlich unterschiedlich. Am stärksten war die Erhöhung der Kohlewertstoffindustrie mit 65 v. H.; die Kunststoffverarbeitung erreichte 51, die Erdölgewinnung einschließlich der Mineralölverarbeitung 34 und der Erzbergbau knapp 20 v. H. Steigerungen gegenüber der Vorkriegszeit wiesen auch die Industrie der Steine und Erden, die Eisen- und Stahlgießerei, der Fahrzeugbau, der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die chemische Industrie auf. Dagegen sank die Arbeitsleistung im Baugewerbe, in der Textilindustrie, der Eisen- und Stahlerzeugung, vor allem aber in der feinkeramischen Industrie, der Papiererzeugung, der gesamten Lederindustrie, der

Sägerei und Holzverarbeitung und im Kohlebergbau. Im Kohlebergbau betrug der Rückgang über 27 v. H. Zum Vergleich sei gesagt, daß sich die Produktivität in den USA. um 60 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit erhöhte.

Der amerikanische Vorsprung beruht im wesentlichen auf einer rationelleren Arbeitsgestaltung, verbunden mit einer weitgehenden Mechanisierung. Auch der schärfere Konkurrenzkampf in den USA. hätte nicht so viele Erfolge gezeigt, wenn das positive wirtschaftliche Klima der USA. nicht jahrzehntelang hohe Investitionen ermöglicht hätte. Nach einem im Februar 1952 erschienenen Bericht des „Conference Board“ haben auch in der Zeit nach Beginn des Koreakonfliktes Investitionen die Leistungssteigerung mehr beeinflußt als neue Arbeitsmethoden, die in europäischen Industriegebieten teilweise noch auf Widerstand stoßen.

Natürlich muß auch in Europa, soweit dies der Fall ist, der Widerstand der Arbeiterschaft gegen Rationalisierungsideen sachlich auf ein Minimum zurückgeführt werden. Verständlich ist dieser Widerstand, weil nach der vorhergehenden Rationalisierungsperiode die große Weltwirtschaftskrise von 1930 folgte und man an die Wiederholung einer Massenarbeitslosigkeit glaubt. Ernster zu nehmen ist das Beharren an althergebrachten Arbeitsmethoden; entscheidend aber für die europäische Produktivitätssteigerung sind echte Investitionen an arbeitsparenden Maschinen und Anlagen. Ermahnungen sind nicht so wertvoll wie realistische Anreize für Unternehmer und Arbeiter.

Rationalisieren! — Das ist wahrlich ein Problem, das einen jeden von uns angeht.

Die Freiheit ist die Befugnis des Menschen, alles zu tun, was keinem anderen schadet. Sie hat als Grundsatz die Natur, als Regel die Gerechtigkeit, als Schutz das Gesetz und ihre sittliche Grenze in der Maxime: tue niemand, was du nicht willst, das dir geschieht!

Herder

Technik UND Produktion

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Nachkriegshöchststand der Eisen- und Stahlerzeugung

Die westdeutsche Eisen- und Stahlproduktion erreichte im März einen neuen Höchststand nach dem Kriege. Nach den vorläufigen Angaben wurden an **Rohstahl** in 26 Arbeitstagen **1317 775 t**, davon 160 000 t unter Verwendung importierter Brennstoffe hergestellt. Der arbeits-tägliche Durchschnitt stieg bei Rohstahl von 49 265 t auf 50 684 t.

Mit einer Gesamtproduktion 3 806 831 t Rohstahl im 1. Quartal 1952 wurde das Ergebnis des 1. Vierteljahres 1951 um etwa 800 000 t oder 26,5 Prozent übertroffen.

Export der saarländischen Schwerindustrie

Die saarländische Schwerindustrie hat im Januar mehr als 175 000 t Walzstahl und Halbzeug einschl. Edelstahl zum Versand gebracht. Eine Steigerung des Stahlexportes nach der Bundesrepublik, der gegenwärtig bei etwa 7000 t liegt, auf 20 000 t, wie es die Schwerindustrie des Saarlandes beantragt hat, wird durchaus für realisierbar gehalten, sofern die französische Genehmigung vorliegt.

Welt-Stahlproduktion 1951 um 20 Mill. t gestiegen

Die Weltstahlproduktion ist im vergangenen Jahr um etwa 20 Mill. t auf 227 Mill. t gesteigert worden. Auf die Vereinigten Staaten entfallen von der Gesamtterzeugung allein 105,1 Mill. t. Auf die neun wichtigsten Stahlproduktionsländer auf dem europäischen Kontinent mit Ausnahme des Ostblocks entfielen von der Gesamtproduktion des vergangenen Jahres 44,5 Mill. t, was einer Erhöhung um mehr als 5 Mill. t entspricht.

Sauerstoff-Frischverfahren der VÖEST

Wie man bei der Umwandlung des Roheisens in schmiedbares Eisen vom „Windfrischen“ im Konverter spricht, kann man auch das neue Verfahren der VÖEST zur Herstellung von gefrischten Stählen im basischen Konverter durch Aufblasen von Sauerstoff mit Recht als „Sauerstoff-Frischverfahren“ bezeichnen. Der 3. Juni 1949, der Tag, an dem zum ersten Male in Österreich bei den österreichischen Eisen- und Stahlwerken in Linz (VÖEST) flüssiges Roheisen durch Aufblasen von Sauerstoff zu Stahl von vorzüglicher Qualität gefrischt wurde, dürfte zu einem Meilenstein in der Geschichte des Eisenhüttenwesens werden.

Bei der VÖEST hat man sehr früh erkannt, wie das Sauerstoff-Frischen im Konverter so durchgeführt werden kann, daß ein Überschuß an Sauerstoff in der Schmelze vermieden wird, und die übliche Desoxydation des fertig gefrischten Stahls also nicht mehr notwendig ist. Dieses gilt für unberühigte Stähle bis zu den niedrigsten Kohlenstoff- und Mangangehalten und stellt einen metallurgischen Entwicklungsschritt von größter Tragweite für die Qualität der Stähle dar. Daß die desoxydierende Nachbehandlung wegfällt, unterscheidet das bei der VÖEST entwickelte Frischen mit Sauerstoff von den bisher gebräuchlichen Methoden.

Der Erfolg wurde erreicht durch die günstige Wirkung der Umlaufbewegung des Schmelzbades beim Frischen, die von den Reaktionen des Sauerstoffs an der Auftreffstelle verursacht wird. Um diese Umlaufbewegung zu erreichen, wird der Sauerstoffstrahl aus einer Düse kegelförmig auf den Mittelpunkt der Oberfläche des Schmelzbades geblasen, so daß dort zunächst eine heftige Gasentwicklung durch Verbrennung des Kohlenstoffs der Schmelze zu Kohlenoxydgas einsetzt. Da der Sauerstoffdruck, der auf das kreisförmige Reaktionszentrum wirkt, das Entweichen von Kohlenoxyd nach oben verhindert, bringt er das Schmelzbad in eine Umlaufbewegung, die so lange in Gang gehalten wird, wie Kohlenoxyd verbrennt. Die ganze Schmelze wird auf diese Weise nach und nach durch das Wirkfeld des Sauerstoffstrahles gewirbelt, wobei die Frisch- und Schlackenreaktionen sich zunächst mit großer Geschwindigkeit unter höchsten Temperaturen vollziehen. An der Stelle, wo der Sauerstoffstrahl unmittelbar wirkt, sind die Temperaturen so hoch, daß teilweise Mangan- und Eisenoxyd verdampfen. Die Teile der Schmelze, die im Reaktionszentrum den Frisch- und Schlackenreaktionen gerade

ausgesetzt waren, mischen sich fortwährend im Umlauf mit dem übrigen noch nicht so weit gefrischten Teilen der Schmelze, die noch mehr von den oxydierbaren Elementen Kohlenstoff, Silizium und Mangan enthalten. Im Wirkfeld des Sauerstoffstrahls von einem Teil der Schmelze überschüssig aufgenommener Sauerstoff wird dabei abgegeben und reagiert mit den oxydierbaren Bestandteilen der Schmelze abseits vom Wirkfeld des Sauerstoffstrahles.

Für die Schlackenreaktionen zur Bindung des Phosphors und Schwefels bietet das Frischverfahren ebenfalls günstige Voraussetzungen. Kennzeichnend für das Linzer Sauerstoff-Frischverfahren ist also die Umlaufdesoxydation und nicht allein die Sauerstoff-Zufuhr von oben. Der richtig gefrischte Stahl fällt auf diese Weise sauerstoff- und gasarm sowie phosphor- und schwefelrein an. Seine Stickstoffgehalte können unter die des SM-Stahls gebracht werden, wenn man in der kritischen Frischperiode entsprechend reinen, stickstoffarmen Sauerstoff verwendet. Die nach dem Linzer Sauerstoff-Frischverfahren hergestellten Stähle entsprechen in Anwendung und Verarbeitung den SM-Stählen und umfassen noch Stähle, die sich nach anderen Schmelzweisen nur schwer herstellen lassen würden. Das neue Verfahren ist unter den in Österreich derzeit gegebenen Verhältnissen sehr wirtschaftlich, wobei die Massenqualitätsstähle für die Kaltverarbeitung eine besondere Rolle spielen werden.

Plattierte Stahlbleche

Die Erzeugung und Verwendung plattierter Stahlbleche ist ein geeigneter Weg zur Überbrückung von Schwierigkeiten im Bezug gewisser Metalle (Kupfer, Nickel u. a.) sowie von Legierungselementen für Sonderstähle. Die Entwicklung plattierter Feinbleche begann schon vor der Jahrhundertwende. Diese Bleche wurden vielfach zu Haushaltsgegenständen verarbeitet.

Die Herstellung plattierter Mittel- und Grobbleche dagegen wurde erst nach dem ersten Weltkriege entwickelt; diese Bleche haben inzwischen eine weite Verbreitung in industriellen Anwendungsgebieten gefunden, insbesondere in der Maschinen-, Papier-, Zellstoff-, Zucker-, Farben- und in der chemischen Industrie. Diese Erfolge sind zum Teil den Eigenschaften selbst dieser Werkstoffe zum Teil ihrer Verarbeitungsmöglichkeit und Schweißbarkeit zuzuschreiben.

Die Herstellung der plattierten Stahlbleche erfolgt nach dem Walzschweißverfahren, indem Grund- und Aufzugwerkstoff gemeinsam unter Luftabschluß erhitzt und, aufeinandergelegt, zu einem Blech ausgewalzt werden. Demnach bestehen diese walzschweißplattierten Stahlbleche aus einem Stahlblech als Grundwerkstoff und einem Blech aus Nichtisenmetall oder hochlegiertem Stahl als Aufzugwerkstoff.

Durch das gemeinsame Auswalzen werden die Ausgangswerkstoffe so innig miteinander verschweißt, daß ihre Trennung auf mechanischem Wege nicht mehr möglich ist. Zwischen dem Gefüge des Grund- und Aufzugmetalls erfolgt eine Verzahnung, die eine hohe Haftfestigkeit verbürgt. Auch bei starken mechanischen Beanspruchungen des plattierten Blechs erfolgt kein Abtrennen der Auflage vom Grundstoff, eher wird der plattierte Werkstoff in seiner Gesamtheit zerstört.

Als Grundstoffe für die Herstellung plattierter Mittel- und Grobbleche eignen sich Baubleche, Kesselbleche und Sonderstähle, als Aufzugwerkstoff Kupfer und Kupferlegierungen, Nickel, Silber, rost- und säurebeständige, zunderbeständige und andere Sonderstähle. Demnach lassen sich durch die Wahl von Grund- und Aufzugwerkstoff die mannigfachsten Eigenschaften entsprechend den Verwendungsbedingungen einstellen. Die plattierten Stahlbleche lassen sich ein- oder doppelseitig, dazu mit verschiedenen Plattierungsdicken herstellen. In der Regel genügt eine Plattierung von 10 Prozent der Gesamtdicke des Bleches. Für die Verwendung und Verarbeitung ist es wichtig, daß die Oberfläche des plattierten Bleches sich wie die des Aufzugwerkstoffes verhält. So wird ein mit einem rost- und säurebeständigen Stahl plattiertes Blech den gleichen chemischen Widerstand aufweisen wie ein volles Blech aus dem Sonderstahl. Man erzielt also die gleiche Wirkung mit einem wesentlich niedrigeren Anteil an devisenbelasteten Metallen. Dasselbe gilt für Stähle, die mit Kupfer, Nickel, Silber usw. plattiert sind.

Blick IN DIE PRESSE

Saargebiet und Schumanplan

„Das Festhalten Frankreichs am Saargebiet resultiert vor allem daraus, daß die Verhältnisse innerhalb des Schumanplanes sich sehr zum Nachteil Frankreichs auswirken würden, wenn die Saar wieder zu Deutschland käme. Zur Zeit produzieren:

	Deutschland:	Frankreich:
Stahl	12,9 Mill. t	12,3 Mill. t
Steinkohle	119,5 Mill. t	68,5 Mill. t
Eisenerz	10,4 Mill. t	10,9 Mill. t

Es besteht also ein leichtes Übergewicht Deutschlands. Kehrt die Saar an Deutschland zurück, dann sieht das Verhältnis so aus:

	Deutschland:	Frankreich:
Stahl	15,4 Mill. t	9,8 Mill. t
Steinkohle	135,8 Mill. t	52,2 Mill. t
Eisenerz	12,8 Mill. t	8,5 Mill. t

In diesem Fall besteht also ein riesiges deutsches Übergewicht. Diese Zahlen sagen deutlich genug, warum Paris für das Saargebiet kämpft.“ (Die holländische Zeitung „Algemeen Handelsblad“, Amsterdam)

Auslandsmajoritäten im Ruhrgebiet?

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit haben die Alliierten vor wenigen Wochen eine Anordnung herausgegeben, nach der Aktienbesitz an den entflochtenen Montankonzernen nicht gleichmäßig auf die Nachfolgesellschaften verteilt werden darf, sondern daß ein Anteil auf eine Nachfolgesellschaft konzentriert werden muß. Wenn Herr X also 100 000 RM Klöckneraktien hat, so wird er den Gegenwert nicht in Form eines wohlsortierten Buketts von Anteilen an den verschiedenen Nachfolgesellschaften erhalten, er wird sich vielmehr zu entscheiden haben, auf welche Gesellschaften er sich ausschließlich beschränken will. Das mag zunächst nicht wichtig erscheinen. Schaut man sich aber die Verteilung der Aktienpakete bei einigen Altkonzernen an, so kommt man zu überraschenden Folgerungen: Der verstorbene Peter Klöckner hatte während des Krieges 34 Prozent des Aktienkapitals der Klöckner AG. nach Holland gebracht und damit dort ein Tochterunternehmen gegründet. Diese Aktien wurden 1945 von der niederländischen Regierung als feindliches Vermögen enteignet. Nach Abschluß der Klöckner-Entflechtung wird also wahrscheinlich Holland die Mehrheit bei der nachfolgenden Holding-Gesellschaft innehaben ... Ohne Zweifel wird sich die Bundesregierung noch mit den Folgen der alliierten Anordnung befassen. Doch verdient ein Gerücht festgehalten zu werden: Ursprünglich, so heißt es, hätten die Alliierten es strikt abgelehnt, über die eigentliche organisatorische Entflechtung hinaus in die Regelung der Eigentumsfragen einzugreifen. Die folgenschwere Anordnung, die jetzt vorliegt, sei erst auf Drängen eines deutschen „Interessenklüngels“ erlassen worden ... (Weser-Kurier)

Konjunkturanstieg erschöpft?

Nach Meinung des Münchener Instituts für Wirtschaftsforschung wird sich in Deutschland der Druck auf die Konsumgüterindustrie verstärken, wenn die Verbrauchsgüternachfrage in den bisherigen Grenzen bleiben und das Warenangebot sich durch die Reliberalisierung erhöhen sollte. In weiten Bereichen der westdeutschen Wirtschaft habe sich der konjunkturelle Anstieg vorerst erschöpft. Der Verteidigungsbeitrag werde Beschäftigung zunächst nur wenig fördern. Er wird im Laufe des Jahres „vermutlich eine Enttäuschung bringen“, aber vielleicht auf längere Sicht „Änderungen in der Produktions- und Beschäftigungsstruktur nach sich ziehen“.

„Die Welt“ schreibt hierzu: „Nach Durchsicht des Berichts verbleibt ein pessimistischer Eindruck über die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Bei aller Abgewogen-

heit des Urteils werden die rückläufigen Kräfte zu stark unterstrichen. Es wird zu wenig berücksichtigt, daß es sich weniger um eine ‚Rückbildung‘, sondern vielmehr um eine Korrektur der überhitzten Korea-Hausse handelt. Nach dieser Expansion müssen die Wogen wieder etwas geglättet werden. Das geht nicht ohne Einbußen ab. Deswegen gar von einer allgemeinen Krise zu sprechen, wäre zumindest verfrüht. Angebracht erscheint der Ausdruck Normalisierung. Erheblich ist zwar die Gefahr eines echten Rückschlages. Bei dem starken Nachholbedarf, so im Wohnungsbau und in den Grundstoffindustrien, müßte es aber möglich sein, diese Gefahren abzuwehren.“

„Der Kurier“ Berlin streift das Thema aus politischem Blickwinkel und spricht von „gefährlichen Rüstungsmilliarden“: „Wer einmal die Milliardenaufträge und -beträge für die Ausrüstung und Bewaffnung deutscher Truppenkontingente sowie der Europa-Armee insgesamt an die deutsche Industrie vergibt, wird in jedem Fall ein erheblicher Machtfaktor in der Bundesrepublik werden. Der Auswahl der rechten Persönlichkeiten, die an die Schalthebel für die Verteilung der Aufträge und Gelder berufen werden, kommt deshalb schwerwiegende Bedeutung zu. Aus Kreisen der katholischen Arbeiterbewegung ist der Bundeskanzler bereits offen auf die Gefahren einer personalpolitischen Fehlentwicklung aufmerksam gemacht worden. Die zentrale Planungsstelle, heißt es dort, kann bestimmte Industrien und Personen begünstigen und damit auch Gelder an Wirtschaftskreise vergeben, die sie eines Tages zum Nachteil der Demokratie mißbrauchen können“. Auch bei der Weitergabe der Aufträge an Zulieferanten und Unterlieferanten bestehe die Möglichkeit, Aufträge an Personen mit einer ganz bestimmten politischen Einstellung zu verteilen. Anlaß zu solchen Besorgnissen hat den christlichen Gewerkschaftlern u. a. die Verquickung von Geschäft mit Politik bei den Inseratenaufträgen namhafter Unternehmungen an kommunistische Zeitungen sowie der Mißbrauch des Ost-West-Handels zur Kräftigung der sowjetzonalen Kassenbestände im Bundesgebiet geboten. Warum sollte nicht bei mangelnder Wachsamkeit eine gleichartige Verquickung zur Stützung des politischen Rechtsradikalismus über Rüstungsaufträge bevorstehen? Die Beschäftigung so namhafter Persönlichkeiten wie des einstigen Reichspressechefs Dietrich, Hans Fritches oder bekannter Generale in den Werbezentralen einflußreicher Unternehmen oder Verwaltungsstellen lege solche Vermutungen nahe.“

„Die Zeit“ erklärt: „Im Inlandsabsatz ist es nicht recht erklärlich, warum die mehr in den Marktpositionen als in der ‚großen Marktlage‘ begründete partielle Preisschwäche und Absatzflaute den Anlaß zu einer ausgesprochenen Zurückhaltung der Verbrauchernachfrage gegeben haben soll. Daß deshalb weniger gekauft wird, weil ‚das Publikum‘ mehr an das Sparen denkt, ist keine hinreichende Erklärung. Sicherlich aber wird viel Geld für Anschaffungen (und Reisen!) zu Hause ‚hingelegt‘. Der Strukturwandel im Bedarf oder in der Nachfrage spielt da weiterhin eine kaum zu unterschätzende Rolle. Schließlich ist eine Verlagerung von ‚Kaufkraft‘ aufs Dorf zu konstatieren, als Folge der relativ hohen Preise für Getreide, Kartoffeln, Schweine ... und dort wird das Geld stärker ‚festgehalten‘, also nicht so schnell wieder ausgegeben wie in der Stadt, zumal wenn die Preise für Konsumwaren nicht gerade fühlbar steigen, wenn keine allwöchentlichen Inflations- oder Anti-Inflationsreden gehalten werden und wenn es einmal keine politische Panikmache durch sowjetische oder antisowjetische Politik gibt. Eine gewisse Ruhe in diesen Dingen, wie wir sie nun seit Jahresfrist erreicht haben, erscheint dann eben leicht als echte Flaute ... Wenn man einmal ganz in Bausch und Bogen urteilen darf, so ist die Rückbildung eines übersteigerten Käufermarktes durchaus kein Unglück, sondern nur zu begrüßen.“

Die mageren Frauen . . .

quälen immer ihre Männer

Als praktische Menschenkunde gibt das Buch „Sieh dir die Menschen an“ von Dr. Dr. Gerhard Venzmer aufschlußreiche Nutzenanwendungen der Typenlehre für das praktische Leben. In diesem Buch, das der Kosmos-Verlag (Franch'sche Verlagshandlung, Stuttgart), jetzt in einer Neubearbeitung (205. Tausend!) vorlegt, lesen wir:

Wer es in der Ehe recht leicht und bequem haben möchte, wem an einem ruhigen Leben in Gemeinschaft mit einem innerlich-ausgeglichenen, gleichmäßigen Menschen liegt, der wird bei seiner Wahl einer Frau den Vorzug geben, in deren Körpergestalt das rundwüchsige Element überwiegt. Wer aber Bewegung braucht, wem es mehr Freude macht, Tiefen zu überbrücken, Gegensätze auszugleichen, Spannungen und Konflikte zu lösen; wer Unerwartetes liebt, sich stark und ausdauernd genug fühlt, um mit verwickelten Naturen umzugehen und sich vor jähem Stimmungswechsel nicht fürchtet; wer schließlich mit seiner Frau glänzen möchte und sich der schlagfertigen Ironie gebildeter, spaltsinniger Frauen gewachsen fühlt, wird vielleicht auch mit einer ausgesprochen schlankwüchsig gebauten Gefährtin fertig werden. Doch hält sowohl der Volksmund wie auch das Urteil der Dichter dies für eine nicht leichte Aufgabe; und es mag in diesem Zusammenhang besonders an das Wort aus der „Bohème“ erinnert werden: „Die mageren Frauen quälen immer ihre Männer.“

Wunschzettel der einsamen Herzen

Nach statistisch ausgewerteten Befragungen eines Göttinger Ehe-Instituts, das auf technisch-psychologischer Grundlage arbeitet, fragen Frauen als Bewerberinnen nur selten nach Einheirat und wenig nach dem Vermögen ihres Partners. Dagegen suchen 25 Prozent aller befragten Männer eine Frau mit Vermögen oder die Chance einer Einheirat.

Die Statistik ergibt ferner, daß blonde und hellblonde Männer wenig gefragt sind. Männer bevorzugen dagegen blonde Frauen. Während die Frauen weniger Wert auf das Äußere eines Mannes legen, wünscht der überwiegende Teil der Männer eine „gut oder sehr gut aussehende“ Frau. Die Frage, ob die religiöse Einstellung eine wichtige Herzensangelegenheit sei, wurde von den Männern vorwiegend verneint, von den Frauen, besonders in älteren Jahrgängen, bejaht.

Nur 5 Prozent der Bewerber fordern eine Frau, die einen Lippenstift benutzt. 69 Prozent der getesteten Männer würden es gern sehen, wenn die Frau gelegentlich einen Lippenstift benutzt. 26 Prozent der Männer fordern, daß „ihre Frau“ nie einen Lippenstift benutzt.

Moderne Ehe = reife Männer und Frauen

In England, dem „konservativsten Staat der Welt“, geht jede sechste Ehe wieder auseinander, und nahezu jede sechste Braut erwartet am Tage der Hochzeit bereits ein Baby. Dies erklärte Joseph Brayshaw, der Generalsekretär des Rats für Ehefragen, einer inoffiziellen Körperschaft. Im vergangenen Jahr seien in England 30 000 Ehen geschieden worden.

Brayshaw sieht in der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen die Ursache für das Auseinandergehen vieler Ehen. Die moderne Ehe bedeute zwar eine reichere und vollere Partnerschaft als die frühere Ehe, sie sei aber auch wesentlich schwieriger zu führen. Das Problem könne nur von reifen Männern und Frauen gelöst werden. (dpa)

Auf 100 Männer kommen 111 Frauen

Im Landesdurchschnitt, stellt das Statistische Landesamt fest. Vor dem ersten Weltkrieg waren es 100 Männer auf 97 Frauen. Dagegen ergibt sich bei den Ledigen ein Mehr von Männern. Umgekehrt stehen 100 verwitwete Männer gegen 402 verwitwete Frauen. Auch bei den Geschiedenen sind die Frauen in der Mehrheit.

Milliarden rieseln durch die Kehle

3,5 Milliarden DM werden im Bundesgebiet jährlich für Alkohol ausgegeben. 156 Millionen Liter Spirit werden zur gleichen Zeit für alkoholische Getränke gebraucht. 150 000 Familien sind durch Folgen der Trunksucht zerrüttet.

7555 Tote und 23 000 Verletzte registrierte die Polizei als Folge der Trunkenheit am Steuer. Diese Zahlen nannte Dr. Hartenfels, Mitglied des Guttempler-Ordens, in Herford. Er befürwortete den harmlosen Dämmerschoppen, forderte aber den Kampf gegen die Trunksucht und deren verheerende Folgen. Die Frauen könnten dazu durch ein beharrliches gutes Beispiel wesentlich beitragen.

Scheidung aus „ideologischen“ Gründen

In die Scheidungspraxis wird — gottlob nur im Osten — ein neues Motiv gebracht: Die Scheidung aus ideologischen Gründen! So hat das Potsdamer Amtsgericht kürzlich einen Ehebruch aus „marxistisch-leninistischen Gründen“ gebilligt und eine Ehescheidungsklage des brandenburgischen Landesstaatsanwaltes Jahnke (SED) zu dessen Gunsten entschieden. Seiner früheren Frau wurde die Schuld zugesprochen, obwohl sie von Jahnke betrogen worden ist. Jahnke hatte vor einiger Zeit Beziehungen zu einer Kollegin aufgenommen und danach die Scheidung seiner Ehe beantragt.

In dem Scheidungsurteil wird die Ehefrau beschuldigt, wegen ihrer politisch und weltanschaulich anderen Einstellung „unüberwindliche Widersprüche“ in die Ehe getragen zu haben. Wegen der Unterschiedlichkeit im ideologischen Niveau der Parteien sei der Kläger in ehewidrige Beziehungen zu seiner Kollegin getreten, „um sich in geistigen Anregungen weiterzubilden“, heißt es in der Urteilsbegründung. Allein das „politisch schwache Verhalten der Angeklagten“ habe den Mann veranlaßt, sich von ihr zu wenden. Die geschiedene Frau wird darauf hingewiesen, daß bei allen Staatsfunktionären, besonders bei Marxisten, auch in der Ehe politische Bereitschaft verlangt werde.

Kurz und aktivistisch gelacht: Ha!

Vom Menschen

Keine Frau kann zu gleicher Zeit ihr Kind und die vier Weltteile lieben, aber der Mann kann es.

*

Heiterkeit oder Freudigkeit ist der Himmel, unter dem alles gedeiht.

*

Die meisten Ehekriege kommen nicht davon, daß man die Wahrheit sagt, sondern, daß man sie, unbekümmert um jede Zeit, so gleich sagt.

*

In der Natur ist keine Freude so erhaben rührend wie die Freude einer Mutter über das Glück eines Kindes.

*

Die Verschwiegenheit ist nur deshalb eine so schwere Tugend, weil niemand es merken kann, wenn wir sie üben.

*

Die Leiden sind wie Gewitterwolken. In der Ferne sehen sie schwarz aus, über uns kaum grau.

*

Mit jedem Kind fängt die Weltgeschichte von vorne an.

*

Der Furchtsame erschrickt vor der Gefahr, der Feige in ihr, der Mutige nach ihr.

*

Die Leidenschaft macht die besten Beobachtungen und die elendesten Schlüsse.

(Jean Paul)



UNSER

BRIEFKASTEN

B. K., Lok-Abteilung

Sie stellen uns drei Fragen:

Ist Nils Karlsson Finne, Schwede oder Norweger?

Nils Karlsson ist Schwede. Im allgemeinen erkennt man Schweden daran, daß sie ihr „son“ mit o schreiben, während die Dänen und Norweger ein „sen“ daraus machen.

Wie entstand der Ausdruck Wasalauf?

Wasa oder auch Vasa ist ein altes schwedisches Adelsgeschlecht, das u. a. 1523 auch den polnischen Königsthron bestieg. Gustav Adolf entstammt ebenfalls diesem Geschlecht. Diesem Geschlecht zu Ehren, das Schweden zu seiner Blütezeit regierte, wird alljährlich der berühmte Wasalauf zur Durchführung gebracht.

Ist dieser 86-km-Langlauf (der Wasalauf) auch schon in einem Olympiakampf ausgetragen worden?

Während der Olympischen Winterspiele ist ein 86-km-Lauf bisher nicht ausgetragen worden. Der Ski-Marathon-Lauf geht über 50 km.

K. B., Preß- und Hammerwerk

Durch welche Richtlinien ist es gerechtfertigt, daß die sozialen Zulagen d. h. Kindergeld und dergl. voll versteuert werden. Da hierüber Unklarheiten herrschen, bitte ich meine Frage in Ihrer nächsten Ausgabe zu beantworten.

Als Antwort geben wir Ihnen den Text des § 2 der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung:

1. Arbeitslohn sind alle Einnahmen, die dem Arbeitnehmer aus dem Dienstverhältnis oder einem früheren Dienstverhältnis zufließen. Einnahmen sind alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Es ist gleichgültig, ob es sich um einmalige oder laufende Einnahmen handelt, ob ein Rechtsanspruch auf sie besteht und unter welcher Bezeichnung oder Form sie gewährt werden.
2. Zum Arbeitslohn gehören:
 1. Gehälter, Löhne, Provisionen, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile aus einem Dienstverhältnis;
 2. Wartegelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder und andere Bezüge und Vorteile für eine frühere Dienstleistung, gleichgültig, ob sie dem zunächst Bezugsberechtigten oder seinem Rechtsnachfolger zufließen. Bezüge, die ganz oder teilweise auf früheren Beitragsleistungen des Bezugsberechtigten oder seines Rechtsvorgängers beruhen, gehören nicht zum Arbeitslohn.

R. K., Walzwerke

Du hast mir mit Deiner Frage nach der „Meißnerlinie“ Kummer bereitet, bis ich (schwerfällig wie ich nun einmal sein kann) darauf gekommen bin, daß Du die Oder-Neiße-Grenze meinst. Das ist so: Die Russen haben den Polen anläßlich des „Friedens“-Schlusses das angrenzende Gebiet mit der köstlichsten, fruchtbarsten (schwarzen) Erde geschnappt und die (wehrlosen) Polen mit einem Stück Ostdeutschlands „entschädigt“. Dieses absolut deutsche, jetzt aber polnische Gebiet reicht im südlichen Abschnitt der polnischen Westgrenze bis an die Neiße, im nördlichen Teil bis an die Oder. Polen hat (wie schon wiederholt im Verlaufe seiner leidvollen Geschichte) die Faust im Sack gemacht und seine östlichen Rückwanderer in dem „ihm übermachten“ Gebiete Ostdeutschlands angesiedelt. Die vordem da waren, machen

ein Hauptkontingent der heutigen deutschen Ostflüchtlinge aus! Und es ist klar, daß beim geringsten Rutsch der gegenwärtigen erzwungenen Stabilität leidenschaftliche (und durchaus natürliche) Ansprüche von Seiten Deutschlands und Polens geltend gemacht werden. Was Dich darüber hinaus noch speziell interessiert: das heutige Wroclaw (das alte Breslau) und das alte Liegnitz (heute Lignja) unter anderem, sind im Rahmen Deiner „Meißnerlinie“ zu Polen gekommen. Ohne es zu wollen . . .

Wohnungstausch

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, Miete 40,— DM.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Wiederaufbau, Miete 37,— DM.

Suche: 4- oder 5-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung mit Stall und Gartenland in Dortmund-Aplerbeck, Miete 28,— DM.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung im Werkshaus am Borsigplatz.

Suche: 1½- bis 2-Zimmer-Wohnung, möglichst Part. oder 1. Etage im Süden Dortmunds.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung mit Bad, Keller und Balkon, Miete 35,— DM, in Werksnähe.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, Miete bis zu 50,— DM, im Vorort Dortmunds.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe, Miete 39,— DM.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, Miete 53,— DM.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen mit Kochnische und Bad, im Osten oder Süden der Stadt.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Badezimmer, in einem Werkshaus.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, im Werkshaus.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, Miete 25,— DM.

Suche: 2- oder 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen mit Bad in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen mit Balkon, Wiederaufbau, Miete 39,— DM.

Suche: 2½- oder 3-Zimmer-Wohnung, möglichst mit Bad und Balkon, aber nicht Bedingung.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen mit Balkon, Miete 23,40 DM.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.

Wohnungstausch für Pensionäre

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Viersen (Rhld.) in einem Einfamilienhaus, Miete 34,— DM.

Suche: 3- oder 4-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen in Dortmund oder Umgebung.

Biete: 4-Zimmer-Wohnung mit Stall und Gartenland in Wartersloh bei Beckum, Bahnverbindung über Lippstadt mit der Kleinbahn nach Wartersloh, Miete 20,— DM.

Suche: 4-Zimmer-Wohnung in Dortmund.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Eggeberg/Halle in Westf., 60 qm groß, 1. Etage, mit Toilette, Bad, Keller und Waschküche, 400 qm Gartenland, Miete 40,— DM.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund, Miete um 50,— DM.

Lied der Arbeit

Groß und mächtig,
als Zeuge der Arbeit,
steht das Werk
am Rande der Stadt.

Drinne tausend Hände schaffen,
an Walzen und Kränen,
an Hebel und Rad.

Klingender Stahl,
am Hammer geschmiedet,
singt mit im Lied der Arbeit;
fröhlich im Dienst der Gemeinschaft zu schaffen,
sind wir im Werke stets bereit.

H. B. (Eisenbahn).

Westfälische Fachwerkhäuser

„Die Wohnungen des Volkes sind die treuesten Verkörperungen seiner Seele“ — dieser Ausspruch Peter Roseggers trifft besonders auf das Fachwerkhäus Westfalens zu. Mit seinen weißen Flächen, gemustert durch das schwarze Balkengeflecht und die grünen Fensterläden, hellt es die Landschaft anmutig auf. Selbst dann, wenn es nicht im Grünen liegt, sondern als wahres Kleinod sich aus einer Straße gesichtsloser Häuser hervorhebt, nimmt es unsere Aufmerksamkeit in Anspruch in Erinnerung an eine Zeit, in der Landschaft und Architektur in einem ungetrübten Verhältnis zueinander standen. Goethe sagte einmal:



Wetter-Freiheit

„Den Stoff sieht jedermann vor sich, den Gehalt findet nur der, der etwas dazu zu tun hat, und die Form ist ein Geheimnis den meisten.“

Das Haus Habig in Herdecke mit seinem vorgekragten ersten Stockwerk ist ein schönes Beispiel für das sichere Formgefühl der damaligen Baumeister.

Um die Eigenart eines Fachwerkhäuses zu erkennen, muß man das Wesen der Konstruktion betrachten. Schon der Umstand, daß das ganze hölzerne Rahmengestell fix und fertig dastehen muß, bevor der Maurer mit seiner Arbeit beginnt, weicht ganz von der heute üblichen Bauweise des Steinhauses ab.

Auf einem gemauerten Sockel liegt zuunterst die Saumschwelle. In diese eingezapft stehen die senkrechten Pfosten, die Ständer, oben wiederum eingezapft in ein waagrechtes Holz, Rahmenstück oder Rähm genannt. Die Ständer werden miteinander verbunden durch Querhölzer, sogenannte Riegel. Dieser Ordnung gesellen sich noch schräglauende Hölzer hinzu, die den seitlichen Schub auffangen. Das Gerippe der Wand bildet also einen Rahmen.

So entsteht nun Stockwerk um Stockwerk als ein geschlossenes Rahmengestell. Indem sie einzeln aufeinander gesetzt werden, kommen die Balken der Zwischendecke auf die Rahmenhölzer zu liegen. Natürlich lagern sie am sichersten, wenn ihre Enden über das Rähm hinausragen und es mit einem Einschnitt umklammern. Auf diese Weise können die Stockwerke vorkragend emporwachsen. Bei hohen Stadt-

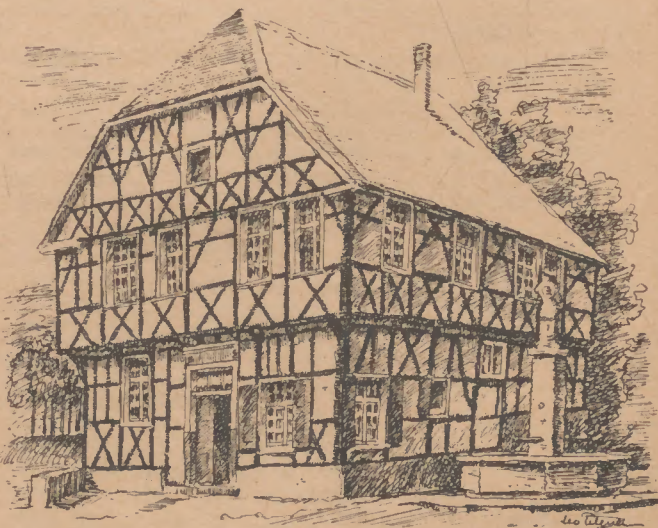
häusern und großen Bauernhöfen wiederholen sich diese Vorsprünge oft mehrfach und geben der Hausfront ein Gesicht von ungewöhnlicher Eigenart. In den engen Gassen alter Städte sind die Bewohner der oberen Stockwerke in der Lage, einander von Fenster zu Fenster die Hand zu reichen. Diese Verbreiterung des Grundrisses bei den oberen Stockwerken war in den eng bewohnten Städten sehr willkommen, da sich die Häuser hierdurch in der Luft den Raum nehmen konnten, den sie auf dem Boden an die Bürgersteige abtreten mußten.

Eine besonders ansprechende Eigenart vieler Fachwerkhäuser ist der große Reichtum an Fenstern. Er wird verständlich, wenn man bedenkt, wie leicht eine Mauerfüllung entfernt und dafür ein Fenster eingesetzt werden kann.

Die unregelmäßige Anordnung der Hausfronten, wie wir sie auch auf dem Bild Wetter-Freiheit beobachten, entspricht nicht dem Bedürfnis, ein malerisches Bild zu schaffen. Nein! Unsere Altvordern hatten den Wunsch, am Leben auf der Straße möglichst von jedem Fenster aus teilnehmen zu können.

Im Gegensatz zum gemauerten Haus, sieht man beim Fachwerk die konstruktive Arbeit. Man sieht die Balken tragen und streben, Stockwerk stützt sich auf Stockwerk in reizvollem Wechsel zwischen Holz- und Mauerflächen. Alles ist bewegt, voller Ausdruck und Leben. Da die Holzkonstruktion offen zutage liegt, wurden sie sorgfältig bearbeitet und später, besonders in der Renaissancezeit, dem Prunkbedürfnis wohlhabenden Bürgertums nachkommend, oft mit Schnitzereien und Bemalungen reich verziert.

Wir empfinden diese Bauwerke wie eine auf uns überkommene Poesie vergangener Jahrhunderte und sind trotz unserer zeitbetonten Nüchternheit und Sachlichkeit immer noch empfänglich genug, die Atmosphäre einer Zeit nachzuerleben, die mit so viel Schönheitssinn und Gefühl für das Echte baute, daß einem kaum bewußt wird, wie sehr alles vom Zweckmäßigen her durchdacht ist. — L. T.



Haus Habig, Herdecke

Immer noch:

Hinter den Kulissen

„Die SPD hat kein Programm.“ — „Die CDU hat ein Programm, das Ahlener; es wurde einstimmig angenommen, inzwischen aber als sozial- und wirtschaftspolitischer Ballast stillschweigend versenkt.“ — „Die FDP ist die Partei der Programmlosigkeit.“ — „Das Zentrum: oh, du lieber Gott!“ — „Die KP hat eine rotierende Generallinie: Gestern gegen zwölf Nato-Divisionen, heute für 20 Nationale Divisionen.“ — „Die Regierungskoalition steht auf einer Basis, wie sie schmaler nicht sein kann.“ — „Die Regierung ist der Willensträger des Volkes.“ — „Die Regierungs-Mehrheit ist nur noch eine Fiktion; sie entspricht längst nicht mehr dem Willen des Volkes.“

In allen diesen Unterschiedlichkeiten und inmitten aller staatspolitischen Dubiosität geht — im Augenblick noch hinter den Kulissen — der Kampf um die wirtschaftliche und soziale Gestaltung, im besonderen um das Mitbestimmungsrecht, weiter. Die Fronten versteifen sich: Auf der einen Seite die Arbeitnehmerschaft, wie sie sich vor allem im DGB organisierte, dessen Geschlossenheit heute notwendiger erscheint denn je zuvor — auf der anderen Seite die wirtschaftspolitisch Gestrigen, die einig sind in der Verneinung einer wirklichen Mitbestimmung.

Wir haben an dieser Stelle wiederholt betont, daß wir keine Betriebs-Syndikalisten sein, daß wir nicht nur unser eigenes Werk sehen, daß wir nicht nur von unseren Verhältnissen ausgehen dürfen, daß wir uns vielmehr im sozialen und wirtschaftspolitischen Gesamtgeschehen sehen müssen. Und da haben wir wahrlich alle Ursache, sehr wachsam zu sein, zu wägen und zu prüfen. Bezeichnend für die Situation wäre es, wenn — wie in

durchaus ernst zu nehmenden Kreisen diskutiert wird — manche „Politiker“ eine wirtschaftliche Depression herbeisehnen, mit gedrosselten Produktionen, mit Millionen Arbeitslosen, mit massierter sozialer Not — wirtschaftliche Depression als politisches Druckmittel. Wer denkt hier nicht an die Jahre 1929—1932, von der November-Aussperrung 1928 ganz zu schweigen? Man soll solche Wünsche nicht zu ernst nehmen — man soll sie aber nicht einfach übersehen wollen. Man soll die Hand am Puls des Geschehens halten, soll beobachten und — bereit sein.

Aus der Fülle der Gegensätzlichkeiten registrieren wir folgende Stimmen:

Keine gerechte Neuordnung

„Nachdem der Arbeitskreis ‚Mitbestimmung‘ die Beratungen zum Betriebsverfassungsgesetz abgeschlossen hat und die Bundestagsausschüsse für Arbeit und für Wirtschaft die letzten Verhandlungen nahezu beendet haben, wird damit gerechnet, daß das Gesetz unmittelbar nach den Osterferien des Parlaments im Plenum verabschiedet wird. Trotz der Proteste der Gewerkschaften und der christlich-demokratischen Sozialausschüsse gegen die Verschlechterungen des Gesetzentwurfes hält das Tauziehen um die letzten Formulierungen weiter an. Nach Lage der Dinge ist zu befürchten, daß die CDU/CSU-Fraktion dem Druck ihrer Koalitionspartner nach den letzten Einigungsgesprächen nicht länger widerstehen kann ...“

Kolleginnen und Kollegen!

Auch in diesem Jahre werden wir alle uns als Belegschaft der Westfalenhütte AG. vereinen, um in einer machtvollen Kundgebung, die in der Westfalenhalle stattfindet, unserer Forderung nach Frieden, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Gleichberechtigung Ausdruck zu verleihen. Auch in diesem Jahr wollen wir mit den freien Gewerkschaftlern aller Welt gegen jedwede Unterdrückung und Tyrannei, gegen jedwede politische und wirtschaftliche Diktatur demonstrieren.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jede Kollegin, daß jeder Kollege an der Kundgebung teilnimmt. Die Belegschaft sammelt sich betriebsweise um 7.30 Uhr in den Sport- und Erholungsanlagen, wo Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Schwentke sprechen werden. Abmarsch zur Westfalenhalle um 8.30 Uhr.

Auch dieser erste Mai muß ein weiterer Beweis für die Einigkeit und Geschlossenheit der Gesamtbelegschaft unserer Westfalenhütte werden.

Betriebsvertretung:

Schwentke

Hutfilker

Der augenblicklich von der Mehrheit der verantwortlichen Bundestagsausschüsse ausgearbeitete Gesetzentwurf zur Betriebsverfassung entspricht nach Auffassung der Gewerkschaften und der Opposition in keiner Weise den Grundsätzen, die eine gerechte und wirksame Neuordnung unserer Wirtschaft ermöglichen. Diese aber können nicht durch parlamentarische Manöver und gegenseitige Konzessionen der Bonner Regierungsparteien erarbeitet werden. Es ist zu hoffen, daß die Mehrheit des Bundestages sich auf die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer während der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes im Plenum besinnt und entsprechende Entscheidungen fällt." („Welt der Arbeit.")

Wirtschaftsdemokratie als Chance

„Die Gewerkschaften, das bewies eine Zusammenkunft ihrer führenden Leute mit fast einem Hundert von Publizisten und Journalisten in der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, nehmen es sehr ernst mit Bemühungen, ihre Argumente auch mit denen zu diskutieren, die mit der gewerkschaftlichen Politik nicht einverstanden sind, sie in Frage stellen oder gegen sie kritische Einwände vorzubringen haben . . . Es tauchte die Frage auf, ob die Institution der Mitbestimmung in der Lage sei, zu bewirken, was sie bewirken sollte: nämlich den Menschen, den Arbeiter, vom anonymen Teilchen im Produktionsprozeß zum denkenden und wirkenden Teilnehmer an der Wirtschaftsdemokratie zu machen; ob nicht die Gefahr bestünde, daß, wie in der Politik, alle Entscheidungen in die Hand der Manager der großen Apparate geraten könnten. Ob nicht also das Mittel der Mitbestimmung mehr dazu diene, Macht zu versammeln, da sie ja auch von Leuten wahrgenommen werden soll, die von außen her, von der gewerkschaftlichen Zentrale, und nicht also nur aus dem Betriebe kommen. Das sind zweifellos Argumente von einigem Gewicht; aber sie sind es nur auf den ersten Blick. Sie fassen nicht ins Auge, daß die Demokratie und also auch die Wirtschaftsdemokratie eine Chance, eine Möglichkeit ist, die der einzelne und die Gesamtheit wahrnehmen können oder auch nicht. Um diese Möglichkeit geht es, und sie wird uns in diesem Augenblick der Geschichte angeboten, in dem der Zustand unserer Gesellschaft sich in einem langdauernden revolutionären Akt verändert. Verändert durch die Tatsache, daß Kapital und Arbeit eine Formel für die Kooperation auf einer Ebene suchen müssen. Das ist die Konsequenz, die sich aus dem erfolgreichen Kampf der Arbeiter um ihre soziale Gleichberechtigung notwendigerweise ergibt, wenn man es nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen will." („Die Welt").

Mitbestimmungsrecht für den Menschen

„Bundesarbeitsminister Storch erklärte auf einer katholischen Kundgebung in Kassel, das Mitbestimmungsrecht müsse dem Menschen selbst und nicht bestimmten Organisationen gegeben werden. Es gehe nicht darum, wirtschaftliche Macht im Volke neu zu verteilen, sondern den Menschenmassen in den Großbetrieben das Gefühl zu geben, daß sich „die Wirtschaft um den Menschen und nicht der Mensch um die Wirtschaft zu drehen hat.“ (Bremer Nachrichten)

Was sagte der Papst?

„Mit der Frage, ob der Papst das Mitbestimmungsrecht billige oder nicht, setzt sich Bundestagsabgeordneter Johannes Even im Informationsdienst der katholischen Arbeiterbewegung auseinander. Even nannte es einen Irrtum, wenn man schließen wolle, der Heilige Stuhl lehne das Recht der Mitbestimmung grundsätzlich ab, und die christlichen Arbeitnehmer ständen jetzt vor dem Gewissenszwang, sich von der gewerkschaftlichen Forderung loszusagen. „Die Realitäten, wie das Gesetz der Mitbestimmung in der Montanindustrie“, stehen einer solchen Annahme bereits entgegen. Even nennt es entscheidend, ob es gelingen werde, als Voraussetzung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes „Mitbesitz des Arbeiters“ zu schaffen und die Neuordnung des Eigentums in den Grundstoffindustrien dazu zu benutzen, dem Arbeitnehmer einen entsprechenden Anteil zu sichern. „Konkrete Pläne hierzu liegen vor. Ob allerdings die Arbeitgeber einsichtig genug sein werden, diese Forderung der katholischen Soziallehre zu würdigen, müssen die kommenden Monate zeigen.“ (Westdeutsche Rundschau)

Gesetzliche Verankerung grundsätzlicher Gleichberechtigung

„Das Verlangen nach Mitbestimmung bedeute kein Anstreben eines Monopols der arbeitenden Menschen über die Wirtschaft, sondern nur die gesetzliche Verankerung ihrer grundsätzlichen Gleichberechtigung, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Georg Reuter, auf dem Gewerkschaftskongreß Handel, Banken und Versicherungen in Köln mit einem Hinweis auf die Verlautbarungen des FDP-Parteitag in München. Diese Forderung sei sittlich genau so hochwertig wie die Verwirklichung des Jugend- und Mutter-schutzes und des Arbeitsrechtes in der Vergangenheit. Die Gewerkschaften bejahten die politischen Parteien im demokratischen Staat als die Träger des politischen Lebens. Ihre Existenz würde von keinem Gewerkschaftler in Zweifel gezogen. Das Verhältnis der Gewerkschaften als unabhängige Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer zu ihnen richte sich aber danach, wie die Parteien in der Gesetzgebung sich zu den Forderungen der Arbeitnehmer stellten . . . „Wer uns will, der muß uns ganz wollen, nicht nur in Zeiten der Not“, rief Reuter aus. Was für die Parteien gelte, das gelte auch für die jetzigen und zukünftigen Regierungen. Wenn eine Regierung den Gewerkschaften nicht ihren Lebensraum gebe, dann könnten diese keine Rücksicht darauf nehmen, ob sie in ihren Reihen SPD-, CDU- oder FDP-Mitglieder seien, sondern sie müßten sie allein behandeln nach ihrer Einstellung und ihren Handlungen gegenüber den Arbeitnehmern. Was für die Regierung und die Parteien gelte, das habe ebenso Geltung für die anderen Partner im gesellschaftlichen Leben. Es sei nie zu spät, daß alle guten Kräfte zusammenwirkten, damit wir aus der heutigen Situation herauskämen.“ (Die Neue Zeitung, München)

AM 1. MAI

Für Selbstbestimmung aller Völker

Den schnellen Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und freie, geheime, gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle fordert der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in seinem Aufruf zum 1. Mai 1952.

„Wir fordern die Beendigung der sowjetrussischen Obstruktion gegen den österreichischen Staatsvertrag und die Befreiung dieses kleinen Landes von seiner unerträglichen Bürde“, heißt es in dem Aufruf wörtlich. „Wir fordern für die noch von der Sowjetunion und ihren Satelliten zurückgehaltenen Kriegsgefangenen freie Rückkehr in ihre Heimat. Der Sache des Friedens ist durch die endlose Fortdauer dieser Bitterkeit und des nationalen Hasses nicht gedient.“

In seinem Aufruf zum Weltfeiertag der Arbeit spricht sich der IBFG für einen Weltfrieden ohne Waffen, für die Befreiung aller Völker von der schweren Last der Rüstungen und für die Wiederherstellung friedlicher wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen aus. Er betont jedoch, daß es bis zur Erreichung dieses Zieles keine Beschwichtigungspolitik gegenüber den totalitären Angreifern in Korea oder anderswo geben dürfe. Aggression dürfe sich nicht bezahlt machen.

Der IBFG fordert die nationale Selbstbestimmung für alle Völker, das Recht für alle Arbeitnehmer, sich frei in Gewerkschaften ihrer eigenen Wahl zu organisieren und die Beendigung der Zwangsarbeit in den Polizeistaaten kommunistischer und faschistischer Diktatoren. Weiterhin erhebt der IBFG im Namen von 53 Millionen Arbeitnehmern die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt überall in der Welt.

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat März ihr Dienstjubiläum feiern:

40jähriges Dienstjubiläum

Fechner, Adolf	Masch.-Abt. - Stahlwerk	Hall, Wilhelm	Masch.-Abt. - Walzwerk I/III
Krumrey, Karl	Masch.-Abt. - Walzwerk I/III	Gurski, Josef	Postbüro
Jedrzejzak, Johann	Eisenbahnwerkstätten	Schreiber, Franz	Werksaufsicht

25jähriges Dienstjubiläum

Lipphöfer, Theodor	Martinwerk	Thül, Josef	Werk Barop
Krause, Friedrich	Walzwerk I	Kessmann, Bernhard	Blechwalzwerk I/II
Kornack, Paul	Hochofen	Schäffer, Ferdinand	Maschinenabteilung — Hochofen
Schierbaum, Wilhelm	Bauhof	Mathias, August	Postbüro
Golchert, Franz	Hochofen	Knigge, Bruno	Hollerithbüro
Kuhlmann, Albert	Drahtverfeinerung	Köhler, Karl	Werksaufsicht
Herbasz, Bernhard	Thomaswerk	Kunze, Hermann	Maschinenabteilung

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

Keine Restauration!

„Wir wollen keine Restauration, weder auf wirtschaftlichem, sozialem noch auf politischem Gebiet. Diesen Bestrebungen und dem wiederaufkeimenden Nazismus müssen wir unseren entschlossenen Widerstand entgegensetzen“, erklärte Bundestagsabgeordneter Johannes Albers unter stürmischem Beifall der Delegierten des Jahreshaupttreffens der CDU-Sozialausschüsse des Rheinlandes am 22. März 1952 in Düsseldorf. Die Regierungskoalition in Bonn sei fürwahr „kein Gottesgeschenk“. Die Koalitionspartner hätten sich nicht immer als ein Hort des sozialen Fortschritts erwiesen. Hätten wir nicht den Ballast von rechts, dann wäre die soziale Ordnung in der Bundesrepublik heute in einer besseren Verfassung. Wir müssen erreichen, daß alle Schichten unseres Volkes mehr als bisher Anteil haben am wirtschaftlichen Aufschwung.“

Mit dem Gesetzentwurf zu einem Betriebsverfassungsgesetz setzte sich der Chefredakteur der „Ketteler-Wacht“, Bundestagsabgeordneter Johannes Even, kritisch auseinander. Er begründete die besonderen Forderungen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft und erklärte, ein gelegentliches Abweichen von den Forderungen des DGB bedeute nicht, daß die CDU-Sozialausschüsse eine Restaurierung alter Formen befürworteten und dem unbelehrbaren Unternehmertum Dienste leisten wollten. Er betonte aber besonders: „Derartige Meinungsverschiedenheiten tragen wir unter uns aus. Die Unternehmer haben sich da rauszuhalten.“

Auf Grund der opfervollen Wiederaufbauarbeit der deutschen Arbeiterschaft nach 1945 bestehe eine sittliche Verpflichtung, sie an der Vermögensbildung in den Betrieben zu beteiligen. Zu dieser Gewinnbeteiligung gehöre eine entsprechende Eigentumsregelung und das Mitbestimmungsrecht, erklärte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold.

Hochkommission greift nicht ein

„Die Hochkommission werde sich in der Frage des Mitbestimmungsrechtes neutral verhalten, teilte der DGB-Vorstand über eine abgehaltene Besprechung zwischen Gewerkschaftsvertretern und den Hochkommissaren mit. Die Hochkommissare hätten betont, sie betrachteten eine eventuelle gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechtes sowohl bei den ehemaligen IG-Farben-Werken als auch in der übrigen Industrie „als rein deutsche Angelegenheit“, in die sie „nicht eingreifen würden.“ (Hessische Nachrichten)

Zerstörung der Demokratie

„Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Frentzel, sprach in einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft über das außerbetriebliche Mitbestimmungsrecht. In ihm sei eine Einrichtung zu sehen, die auf außerbetrieblicher Ebene Machtmittel konzentrieren wolle, um innerbetriebliche Zwecke zu erreichen. Damit soll ein neues System geschaffen werden, das zu einem Nebenstaat im eigentlichen Staat führt und die politische Demokratie zerstört. Das außerbetriebliche Mitbestimmungsrecht brauche indessen nicht grundsätzlich abgelehnt zu werden, sofern es sich auf eine gemeinschaftliche und gleichberechtigte Beratung der Sozialpartner beschränke. Im künftigen Bundeswirtschaftsrat ließe sich diese Forderung erfüllen.“ (Tagesspiegel)

Konstruktive Aufgaben

Richard M. Bissell jun., der stellvertretende Direktor der amerikanischen Verwaltung für Gemeinsame Sicherheit, warnte davor, der Notwendigkeit europäischer Verteidigungsbemühungen so viel Beachtung zu schenken, daß darüber „andere wesentliche schöpferische und konstruktive Aufgaben“ vergessen werden und damit der Aufbau einer ausreichenden Verteidigung unmöglich gemacht wird. „Es ist zumindest ebenso wichtig, daß wir uns in den nächsten drei Jahren in Europa der Steigerung der Produktivität und der damit verbundenen Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern widmen.“ Er erklärte weiter, Europa würde „für das gefährliche Gift der Finanzkrisen noch immer empfänglich bleiben, wenn nicht einschneidende Änderungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft vollzogen würden“. Diese Veränderungen wären notwendig, um dem Geschäftswettbewerb in Westeuropa Auftrieb zu geben.

In den nächsten zwei oder drei Jahren müßten wir unsere besondere Aufgabe darin sehen, diese gewaltsamen Veränderungen in der europäischen Gesellschaftsordnung und zu einem gewissen Grad auch in der Gesellschaftsordnung der ganzen Welt mit allen Mitteln zu fördern und zu verwirklichen. Nur dadurch wäre es uns möglich, erfolgreich die Aufgaben zu lösen, die uns heute gestellt sind.

„Ich glaube, daß die erforderlichen strukturellen Veränderungen und die tiefgreifenden sozialen Wandlungen, die sie im Gefolge haben und die ihren Niederschlag in dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern finden würden, unter dem Marshallplan niemals in Erwägung gezogen wurden. Der Marshallplan hat lediglich einen ersten

Einschnitt in die Verschiedenheit der europäischen Nationalitäten und Nationalstaaten vorgenommen.“ Es wäre verfrüht, zu behaupten, es sei in den drei Marshallplanjahren gelungen, den Patienten gegen finanzielle Krisen immun zu machen. Es ist lediglich gelungen, sein Leiden zeitweilig zu unterdrücken. Er warnte davor, Europas soziale Gesundung und Wohlfahrt während des Wiederaufbaus seiner Verteidigung außer acht zu lassen.

Gefährliche Männer

„Der 31. Dezember 1951 wird einst als einer der Schicksalstage der Montanindustrie in die deutsche Wirtschaftsgeschichte eingehen. Bisher lag die deutsche Montanindustrie mit einem Wert von rund zehn Milliarden D-Mark in den starken Händen derer, die sie entwickelt, zur Blüte gebracht und in Blüte gehalten haben. Nun wird sie zu 50 Prozent in die Zuständigkeit der — gefährlich wenigen — Männer übergeführt, die die Gewerkschaften leiten, obwohl diese Männer — von wenigen Ausnahmen abgesehen — herzlich wenig zum Aufschwung dieser Montanindustrie in der Vergangenheit beigetragen haben.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Gefahr kalter Bolschewisierung

„Die Diskussion um das Betriebsverfassungsgesetz der Bundesregierung, das die Stellung der Arbeitnehmer in den Betrieben außer in der Montanindustrie und im Bergbau festlegen soll, geht nach der Veröffentlichung eines Entwurfs der Bundestagsausschüsse für Arbeit und Wirtschaftspolitik weiter. Die Arbeitgeber bezeichnen diesen Entwurf als ‚Versuch einer Beschränkung des Eigentumsrechts zu Gunsten einer außenstehenden Organisation‘ mit der Gefahr einer kalten Bolschewisierung.“ (Hannoversche Presse)

Keine vollzogenen Tatsachen

„Die CDU-Abgeordneten Dr. Schröder und Sabel warnten in einer Mitteilung an die Presse vor dem Versuch, unter Umgehung des Parlaments über die gesetzgeberischen Probleme des Mitbestimmungsrechtes zu verhandeln. Das Parlament werde sich die Entscheidung in dieser Frage, für die es allein zuständig sei, nicht nehmen lassen. Man darf annehmen, daß die beiden Abgeordneten diese Warnung nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit anderen Abgeordneten ihrer Partei ausgesprochen haben. FDP-Sprecher hatten sich bereits vorher mehrmals im gleichen Sinne geäußert, ebenso Vertreter der DP. Die Koalition scheint also diesmal fest entschlossen zu sein, sich nicht wieder so, wie es beim Mitbestimmungsgesetz für die Montanindustrie der Fall war, vor vollzogene Tatsachen stellen zu lassen.“ (Die Zeit)

Der DGB hat überrumpelt

„Es ist kein Wunder, daß man in Kreisen des Bundesvorstandes der Gewerkschaften viel eifriger die Frage der Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes erörtert. In der Montanindustrie hat der DGB die Bundesregierung überrumpelt. Bundesjustizminister Dehler hat dies ungeschminkt zugegeben. Um so mehr sind Regierung und Parlament wachsam, daß nicht ein zweiter Versuch ähnlich verläuft. Nach den vorliegenden Informationen der letzten Düsseldorfer Vorstandssitzung muß jedoch damit gerechnet werden, daß Fette in absehbarer Zeit den Startschuß zum Kampf um das erweiterte Mitbestimmungsrecht in der Großchemie geben wird. Bei der Gewerkschaft Chemie werden die einzelnen Pläne zu einem möglichen Streik schon Tag und Nacht ausgearbeitet. Alle Nachfolgebetriebe der IG-Farben-Industrie mit ihren rund 70 000 Arbeitern würden davon betroffen werden.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung)

Industrielle Partnerschaft

„Man sagt, daß das Risiko eines Kapitaleinsatzes nur der übernehmen könne, dem auch die Entscheidung über die Verwendung des Kapitals zustehe. Das ist natürlich vollkommen richtig. Aber die Leistung des Unternehmers beruht eben auf einem Zusammenwirken von Kapital, Leistung und Arbeit, und auch die Arbeitnehmer tragen ein Risiko. Im übrigen hat die wirtschaftliche Entwicklung seit hundert Jahren dahin geführt, daß bei unseren großen Aktiengesell-

schaften die Zusammenhänge zwischen Kapitaleinsatz und Leitung immer loser, die Vorstände immer selbständiger geworden sind. Auch insofern kann prinzipiell nichts dagegen eingewandt werden, daß auch die Arbeitnehmer in der Leitung des Unternehmens vertreten sein wollen. Und wie steht es endlich mit dem Hinweis darauf, daß die Gewerkschaftsvertreter in unüberbrückbare Gewissenskonflikte kommen, wenn sie einerseits die Interessen der Arbeitnehmer vertreten sollen, andererseits doch auch die des Unternehmens, dessen Organ (Vorstand oder Aufsichtsrat) sie angehören? Nun, unüberbrückbar sind solche Interessengegensätze doch wohl nur für den, der klassenkämpferischen Vorstellungen huldigt. Wer überzeugt ist, daß diese der Vergangenheit angehören sollten, und die Aufgabe aller am Wirtschaftsleben Beteiligten darin sieht, das unzweifelhaft gegebene Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit — bei dem das Management durchaus in der Mitte steht — zum Segen aller zu nutzen, wird diesen Interessenkonflikt sehr wohl für lösbar halten. . . . Gehen wir . . . davon aus, daß die Grundkonzeption des Aktiengesetzes, soweit die Organe der Gesellschaft in Betracht kommen, beibehalten und nur der Hauptversammlung das Recht zur Feststellung des Reingewinnes zurückgegeben werden soll, dann sollte das Unternehmertum sich nicht länger darauf beschränken, sich widerwillig ein Zugeständnis nach dem anderen abringen zu lassen, sondern berechnete Forderungen der Gewerkschaften anerkennen, unvertretbare aber mit aller Energie und in aller Öffentlichkeit bekämpfen. Das Problem des innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechts wäre verhältnismäßig einfach, wenn die deutschen Gewerkschaften reine Interessenvertretungen der Arbeitnehmer wären. In diesem Falle sollten alle Bedenken gegen die Aufnahme ihrer Funktionäre in den Aufsichtsrat der Gesellschaften zurücktreten. Die Führung der Geschäfte nach fortschrittlichen unternehmerischen Gesichtspunkten durch den Vorstand bliebe gewährleistet. Den Vertretern des Kapitals aber im Aufsichtsrat würde sich laufend Gelegenheit bieten, zu zeigen, daß es ihnen mit dem Gedanken der industriellen Partnerschaft ernst ist.“ (Die Zeit)

Keine Kampfansage, sondern . . .

„Das Verhalten der Gewerkschaften in den vergangenen Monaten und die Absicht, ihre Vertreter aus allen Gremien der Wirtschaftspolitik zurückzuziehen, ist durchaus keine Kampfansage an die Bundesregierung, sondern nur die Antwort auf eine soziale Atmosphäre, die nicht mehr zu ertragen ist.“ Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Matthias Föcher, in einem Interview . . . Die gewerkschaftlichen Forderungen könnten von keiner sozial aufgeschlossenen Regierung einfach abgelehnt werden. Das Mitbestimmungsrecht sei kein überspanntes Verlangen. Wenn man anerkenne, daß die Wirtschaft gleichermaßen von Arbeit und Kapital getragen werde, dann sei es nur logisch, daß die Arbeitnehmerschaft in allen wirtschaftlichen Fragen gleichberechtigt mitbestimmen müsse. Die alten Standpunkte seien unlogisch und stünden auch, das sage er als Christ, in Widerspruch zu den fundamentalen Grundsätzen der Gerechtigkeit. Die Forderung auf Mitbestimmung sei bereits vor 1933 sowohl von den christlichen als auch den freien Gewerkschaften aufgestellt worden.“ (Neue Presse)

Zum Kampf bereit

Das offizielle Organ des DGB, die „Welt der Arbeit“, kündigt Ende April an, daß ein Scheitern der letzten Verhandlungen über ein einheitliches und fortschrittliches Betriebsverfassungsrecht die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit gerüstet finden werde. Über den Ausgang dieser Verhandlungen herrsche nirgends mehr eine Illusion. Die Gewerkschaften würden daher wahrscheinlich andere Wege gehen müssen, um ihren Standpunkt gegen die Minderheitsdiktatur der Parlamentsvertreter des Großkapitals durchzusetzen.

Es gäbe zweifellos wirksamere und ebenso bewährte Maßnahmen wie den Generalstreik, die der Gegenseite zeigen würden, daß man mit der Meinung von sechs Millionen Arbeitnehmern kein frivoles Spiel treiben dürfe. Die Gegenseite habe es gewollt — sie werde einmal so oder so zu spüren bekommen, daß es auch für die Masse der organisierten Arbeitnehmer Grenzen der Selbstachtung gebe, die nicht unterschritten werden dürften.

„Es muß erreicht werden, daß der Segen menschlicher Arbeit allen zuteil wird, die ein Leben lang gearbeitet haben.“

(Aus dem Mai-Aufruf 1952 des DGB)

Keine „Spaltung“

Der Bundestagung der katholischen Arbeitervereine war mit einer gewissen Spannung entgegengesehen worden. Knüpften doch manche interessierte Kreise an sie die Hoffnung der Aufspaltung der Einheitsgewerkschaft. Hermann Ehren, einer der führenden katholischen Arbeitervertreter, schreibt hierzu in einem abschließenden Artikel der „Ruhr-Nachrichten“ vom 1. 4. 1952:

„... Abschließend folgende Feststellung: Von einer ‚Spaltung‘ der Gewerkschaften war keine Rede. Die das erwartet hatten, sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Wir sind nicht einmal der Meinung, daß dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft irgendein Schaden zugefügt wurde. Man kann vielleicht der Auffassung sein, daß manches zu schwarz gesehen wurde.“ Jedenfalls meinten das die alten Freunde, die noch in der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehen und der Tagung beiwohnten. Ihnen sei gesagt, daß ihre Haltung nicht kritisiert wurde. Es ist übrigens immer noch so gewesen, daß ein offenes, wenn auch scharfes Wort zur Klärung der Fronten beigetragen hat. In diesem Sinne sollte die Tagung in Recklinghausen verstanden werden.“

Warnung vor christlichen Gewerkschaften

Der zweite Vorsitzende des DGB, Matthias Föcher, warnte vor Lehrgangsteilnehmern des „Instituts für Sozialarbeit“ in Dortmund vor der Bildung einer neuen christlichen Gewerkschaft. Nur etwa ein Drittel der Mitglieder des DGB stammt aus den alten Richtungsgewerkschaften. Die restlichen zwei Drittel — die jungen Mitglieder des DGB — würden seiner Meinung nach bei einer Spaltung der Einheitsgewerkschaft keinesfalls „mitmachen“. Statt dessen forderte Föcher eine aktivere Mitarbeit der christlichen Arbeiter im DGB. Die christlichen Arbeiter müßten zunächst ihre Schulungsarbeit in den christlichen Arbeitervereinen verstärken. Bei Gründung des DGB unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg hätten sich nur deshalb die sozialistischen Kräfte „in den Vordergrund geschoben“, weil sich die christliche Seite nicht genügend interessiert habe. Viele Spannungen seien auf diese Anfangsentwicklung zurückzuführen. Föcher erklärte ferner, während sich früher die Gewerkschaften offen zur SPD bekannt hätten, bewahre der DGB jetzt strenge parteipolitische Neutralität . . .

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Rentenerhöhung für die Unfallbeschädigten

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung vom 12. März 1952 endlich das Unfallrentenzulagengesetz in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Die Beschlüsse des Bundestages bringen folgendes:

Den Unfallverletzten ab einer EM von 50 Prozent wird eine Rentenerhöhung in gestaffelter Form gewährt. Die Erhöhungen betragen für die Rentner (ohne Kinderzulage), Witwenabfindungen, Witwenbeihilfen, Abfindungen und Sterbegelder

bei Unfällen aus der Zeit vor dem 1. Juli 1949	25 v. H.
bei Unfällen des Jahres 1949, jedoch nach dem 30. Juni 1949	20 v. H.
bei Unfällen im ersten Halbjahr 1950	15 v. H.
bei Unfällen im zweiten Halbjahr 1950	10 v. H.
bei Unfällen des Jahres 1951, jedoch vor dem 1. Juni 1951	5 v. H.

Die Kinderzulagen werden gleichmäßig in der Weise erhöht, daß für jedes zulagenberechtigte Kind 10 v. H. des nach der vorstehenden Aufstellung gezahlten Zuschlages zu zahlen sind. Bleibt die Zahl unter einer Deutschen Mark, so wird

sie auf eine volle Deutsche Mark erhöht. Die Höchstgrenze, bis zu der die Zulage gezahlt wird, darf für die Vollrente 250,— DM nicht übersteigen. Bei der Witwe ist diese Grenze auf 150,— DM festgesetzt worden, für die übrigen Hinterbliebenen auf 75,— DM.

Unter bestimmten Voraussetzungen können auch die Leichtbeschädigten die gleiche Erhöhung erhalten, wenn das Arbeitseinkommen $\frac{2}{3}$ des der Rente zugrunde liegenden Jahresarbeitsverdienstes nicht erreicht. Als Einkommen gelten auch Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützung, Renten aus der Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Unfallversicherung sowie Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz und nach dem Soforthilfegesetz.

Der finanzielle Effekt ist äußerst gering. Nach den vom Bundesarbeitsministerium aufgestellten Zahlen schätzt man 370 000 Leichtbeschädigte. Hiervon sind 95 Prozent erwerbstätig und stehen im Tariflohn. Sie bekommen also nichts, da sie mehr als $\frac{2}{3}$ des der Rentenberechnung zugrunde liegenden Jahresarbeitsverdienstes beziehen.

Es ist also für die Leichtbeschädigten in der Unfallversicherung zum erstenmal seit ihrem Bestehen das Bedürftigkeitsprinzip eingeführt, eine Verschlechterung, die unseren verstärkten Protest herausfordert.

UNSERE

Jugend

Unterrichtsplan für den gewerkschaftlichen Unterrichtsplan

für die Lehrlinge des 3. Lehrjahres der Lehrwerkstatt (3 Gruppen, jeweils dreiwöchentlich, donnerstags von 10.15 bis 12.15 Uhr im Unterrichtsraum der Lehrwerkstatt):

- 17., 24. April, 8 Mai: Die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaften; Leitung Koll. Thiesbrummel.
- 15., 22., 29. Mai: Der innere Aufbau und die Organisation der Gewerkschaften; Leitung Koll. Neukirch.
- 5., 12., 19. Juni: Die rechtliche Stellung der Gewerkschaften allgemein; Leitung Koll. Schuy.
26. Juni, 3., 10. Juli: Die Aufgaben des Betriebsrats; Leitung Koll. Neukirch.
- 17., 24., 31. Juli: Das Mitbestimmungsrecht; Leitung Koll. Thiesbrummel.
- 7., 14., 21. August: Was muß ich von der Sozialversicherung wissen?; Leitung Koll. Schuy.



Gruppenweise werden die neu eingestellten Lehrlinge durch unsere Betriebe geführt und hierbei besonders auch auf die Unfallgefahren hingewiesen.

Es kann vorkommen . . .

...daß irgendwie in der Unterhaltung der Name eines ausländischen Staates fällt. Und schon fällt — nicht gerade die Wand ein — aber das Kollektivurteil:

„Frankreich? Du lieber Gott, ein Rentnerstaat. Arbeiten können die Brüder überhaupt nicht. Und erst die Frauen! Was man sich da von Paris erzählt...!“ — „England? Naja, die haben den Krieg als Sieger verloren. Was die hungern müssen! Schadet denen gar nichts. Austerlitz? Übrigens: was ist das eigentlich...?“ — „Amerika? Da haben die Arbeiter nichts zu lachen. Die verhungern reinweg, wenn sie alt sind. Da nützen auch keine Autos und Kühlschränke und Fernsehapparate. Was, Pensionskassen haben die auch? Na wenn schon, die werden auch danach sein! Die Kaufkraft des Durchschnittsstundenlohnes ist viermal so hoch wie bei uns? Was heißt das schon. Die haben erst komische Gewerkschaften. Und nicht einmal eine Arbeiterpartei! Klar, da sind wir führend...“

Und so geht das weiter. Freiweg und mit Kollektivurteil — ruckzuck — Schlagwort — fertig. Und je weniger einer von den wirklichen Dingen und Verhältnissen versteht, desto schneller und lauter kommt sein Urteil.

Das ist nichts Neues. Das war bei uns immer so. Oder etwa nicht?

„Sozialdemokrat? Ein Faulenzer, der Schnaps säuft und auf das spekuliert, was ein anderer besitzt.“ — „Christ? Ein notorischer Heuchler, der so tut als ob.“ — „Regierung? Macht alles verkehrt.“ — „Opposition? Macht alles richtig.“ (Oder auch umgekehrt zu lesen). — „Angestellter? Auch so

ein Hungerleider und Angeber mit weißem Kragen.“ — „Sekretärin? Die poussiert mit dem Chef.“ — „Unternehmer? Ein Gangster im Frack.“ — „Flüchtling? Will auch nichts tun. Und wer weiß, was der am Stecken hat.“ — Und so tausendfältig mehr. Aber immer im gleichen Tenor.

Es gab eine Zeit — sie ist noch nicht lange her — da wehrten wir uns gegen das Kollektive: das Kollektivverbrechen, die Kollektivschuld. Da wehrten wir uns dagegen, daß der deutsche Soldat ein Blutsäufer und Frauenschänder, daß der Pg ein notorischer Verbrecher, daß der Hitlerjunge ein reißender Werwolf, daß das deutsche Mädchen ein Ami-Herzchen sei, daß, wer nicht im KZ gegessen (damals!), ein Förderer des Nazitums gewesen wäre. Da paßte uns die kollektive Beurteilung und Verurteilung nicht, weil irgendwo ein häßlich empfindliches Hühnerauge saß.

Vergessen? Vergessen!

In Journalistenkreisen erzählt man sich: Kam einst ein rasender Reporter auf einem Trip nach — sagen wir einmal — Dortmund. Für eine Stunde Kurzaufenthalt, für einen noch kürzeren Aufenthalt im Wartesaal. Sein Bier servierte eine Kellnerin. Die hatte rote Haare. Schrieb der rasende in seinem Artikel: „Die Dortmunder Kellnerinnen tragen einen braven Ausschnitt und haben rote Haare.“

Wer urteilen, beurteilen, verurteilen will, soll sich strebsam und gewissenhaft bemühen, das Für und Wider wirklich zu erforschen, zu erkennen, zu wägen. Dazu braucht man Zeit, ernststen Willen und — soweit vorhanden — manchmal auch Verstand.

KULTURELLE BLITZLICHTER

Um unsere Jugend

Über 500 Delegierte der Jugend- und Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Bundes- und Länderregierungen setzten sich auf einer im März stattgefundenen Tagung in Düsseldorf für weitgehenden Schutz und größtmögliche Förderung der Kinder und Jugendlichen ein.

Der Tagung lag ein Arbeitsbericht zugrunde, in dem hervorgehoben wird, daß die Jugend seit Jahrhunderten nicht mehr derart durch die Umwelt gefährdet wurde wie heute. Von den 14,9 Millionen Jugendlichen in der Bundesrepublik seien 2,6 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge. 1,25 Millionen hätten keinen Vater, 30 000 seien Vollwaisen, die Eltern von 80 000 Jugendlichen geschieden.

Die Hälfte der 370 000 in Baracken und Lagern lebenden Menschen seien Jugendliche. Monatlich strömten fast viertausend Jugendliche aus der Sowjetzone in das Bundesgebiet ein. 1950 seien über 57 000 heimatlose herumstreunende Jugendliche aufgegriffen und betreut worden. Fast 25 Prozent der Arbeitslosen seien zwischen 18 und 25 Jahre alt.

Der Bericht weist auch auf „Massenvergehen von Schulkindern“ und Sittlichkeitsverbrechen Jugendlicher hin. Vor dem Krieg lag der Anteil der Jugendlichen an Sittlichkeitsverbrechen bei vier, heute bei 16,5 Prozent. Von allen jugendlichen Mädchen, die 1950 im Bundesgebiet wegen geheimer Prostitution angehalten wurden, seien fast 60 Prozent noch nicht vierzehn Jahre alt gewesen.

Soweit der Bericht. Er ist erschütternd. Aber — was geschieht oder, besser: was geschieht nicht?

Kommunale und staatliche Behörden bauen wunderschöne — und sicherlich auch manchmal notwendige — Bauten. Aber tausende Schulen sind noch zerstört wie eh und je. Die Schulklassen sind in Doppelschicht belegt, überbelegt. Vor 1933 flossen im Reichsdurchschnitt 12 v. H. der Länderausgaben dem Schulwesen zu — heute dagegen liegt der Durchschnitt im Bundesgebiet unter 8 v. H. Im reichen Lande USA entfällt auf 22 Schüler eine Lehrkraft. Nein, nicht was Sie denken! Denn selbst das bitter arme Österreich hat für je 30 Kinder eine Lehrkraft — in der Bundesrepublik dagegen hat ein Lehrer im Durchschnitt 50 Kinder zu betreuen. Keine Frage: die Kinder und Jugendlichen werden bei uns mit einem moralischen und kulturellen Schuldkonto belastet, das wir Älteren verschuldet haben und verschulden.

Ein weiteres: Am Schlusse dieses Schuljahres ermittelte eine Stadtverwaltung, daß sie im Schuljahr für jeden Volksschüler 87,30 DM, für jeden Realschüler 168,70 DM und für jeden Gymnasiasten 516,30 DM beigesteuert habe. Und trotzdem setzte auch diesen Ostern wieder ein ungelenkter Run auf die höheren Schulen ein. Nach gewissenhaften Untersuchungen kommt ein Schulrat zu der Feststellung, „daß der gegenwärtige Drang zu den Gymnasien kein echtes Bildungsstreben ist und daß die Schüler unglückliche Opfer falschen Elternstolzes sind“.

Jeder so oder so „Betroffene“ sollte seine eigene Meinung und Haltung überprüfen. Und die Offiziellen sollten es nicht bei papiernen Feststellungen und hochtönenden Worten belassen. Die sind zu billig!

Ut de olle Kiste: Vertellkes ut Old-Höerde (Knappuble)

Het wor sau um die Jahr 1900—1901. Do verkeerte im Huse von einem Handwerksmester ein oller Veteran von 64/66/70/71. Gottfried wor sin Name. He was von Unna'to Hus. Gottfried bekam mit sinner Frau ein paar Mark Rente, und do kann hei keine grauten Sprünge maken. Sprünge kann hei sau wie sau nitt maken, weil hei ein kortet Bein harre, datt hitt Gottfried den Krieg 70/71 tau verdanken. Hei was von Beruf Zimmermann, und wie dat früher so waß, dranken de Zimmerlü gerne ein klein Ort Schnaps (dat wor nitt so wichtig, denn der Schoppen kostete nur 20 Piennig). Gottfried kann sick ower nitt jeden Dag ein klein Ort leisten. So kam Gottfried jeden Morgen sinnen Frönd besöken.

„Gudden Dag! Nei, nei, watt es dat Weer vor Dage wieer mies!“ Dat war sinne Begrüßung. Dann saat hei sinne olle hauge Dohle aff, stelde sinnen Krückstock inne Ecke, trock sinnen Schnupplappen ut sinnen ollen Rock und saat sich henn.

Gottfried hadde sinnen Platz in der gemütlischen Werkstobbe. No korter Tied gank hei in de Küecke und begrüßte de Meisterin. Dann no korter Tied sag hei for de Meisterin: „Et es doch von Dage sau'n Weer, dat mon den Hausten nitt kwitt werd. Hätt itt nitt fiev Pennige? Fiev Pennige hen eck sübst, dann goh eck ein Kleinen halen.“ De fiev Pennige krieg hei — dann trock hei wieer in de Werkstelle, un dat selbe mok hei dann mit dem Mester.

Ower hie wörn et nit mer fiev Pennige — hie wörnt tienn Pennige — Gottfried hadde wieer moll de twientig Pennige förn Schoppen besamm. Dann trock hei sick wieer an und trock loß.

No korter Tied waß hei wieer do — do eist de Schoppenpulle an de Sied und trock sick wieer ut — dann sag hei: „Sau, jetzt wett wie einen trinken.“ Gottfried druck den eisten, dann kreig der Mester ein — denn druck Gottfried noch ein — und trock dann in die Kücke — dann druck Gottfried ein — dann kreig de Mesterin einen — dann druck Gottfried wieer einen und so ging datt widder, bis de Pulle lieeg wor. Dann war Middag, und hei trock aff no Huse.

So kam Gottfried Dag for Dag, auk sundags, wenn hei ut de Kerke kam. Ob düsse Art und Wiese kam Gottfried mett sien klein Daschengeld üt und konn ümmer einen trinken.

Gottfried kom all de Johr, nu kam dett Johr 1914. „Nei“, segg Gottfried, „eck weit nitt, watt de Lüt all vom Kriege

kührt. Wenn de all wüßten, watt datt bedütt, dann höllen se de Schnute.“

So vertallte Gottfried jeden Dag von siene Erlebnisse von 64/66, 70/71. Hei waß Pionier.

Dann kam der Mobilmachungstag. Gottfried waß bie sien Frönd, und de Mesterin und alle saaten se in de Kücke. „Nei, nei“, sag de Gottfried, „de Lüt wärd nitt vernünftig!“ Und wie dann opp de Strote der Fackelzug vorbeie kam — gong hei nitt and Finster un keik — hei bleib mit sien Frönd und de Mesterin sitten.

Ein ruhiges Schweigen. Dann sagg Gottfried: „Datt sägg eck: düssen Krieg duert lange! Ett kömmt de Tied, do könnt wi en Daler open Disch leggen und wie krieget noch nitt ein halv Ort Schnaps doför, und de Müse lauppet op Krücken om Brautschapp herüm und könnt nitt ein Krümmel Braud mehr finden. Nei, nei!“ — Hei kam noch zwei Johr. Und dann starv Gottfried.

Hat Gottfried nicht recht behalten.

Ein Briefwechsel, der nicht gedruckt werden sollte

Durch den mit Recht so bekannten Redaktions-Zufall, den besten Fall in der Schwarzen Kunst, bekam ich den nachstehenden Briefwechsel in meine Klauen. Ich finde ihn nett — denn wenn zwei sich zanken, freut sich der Teufel —, so daß ich ihn unter Bruch des Redaktionsgeheimnisses (was schiert mich das!) unbeobachtet in Druck gebe. Wird der Redakteur eine Wut haben!

Der Redaktionsteufel

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Wir sind mit mehreren hundert Frauen und Mädchen im Werk beschäftigt — schließlich erhalten auch die Frauen der Belegschaftsmitglieder immer als erste, und zwar vor ihrem Mann das Mitteilungsblatt, da es ja durch die Post in die Wohnung gebracht wird. Ich bin dagegen, daß die Frauen in unserer Zeitschrift nicht gebührend behandelt werden, obwohl wir die Krone der Schöpfung sind. Deshalb habe ich einen ganz objektiven Artikel geschrieben. Wenn Sie Mut haben, dann veröffentlichen Sie ihn. Ihre Marlies.

Frauen können mehr als Männer

Wieder einmal bestätigen uns die Fachleute, daß wir Frauen den „Herren der Schöpfung“ in vielen Punkten weit überlegen sind.

Die Statistiken der Lebensversicherungen zeigen, daß Frauen entschieden länger leben als Männer. Das liegt nicht an stärkerer Belastung im Lebenskampf, auf die sich die Männer so gern berufen, sondern beruht auf biologischen Gründen.

Bei Katastrophen bleiben Frauen meist beherrschter als Männer. Das starke Geschlecht neigt dann eher zu Hysterie und Nervenzusammenbrüchen und scheut nicht davor zurück, bei den Frauen Schutz zu suchen. Es kommt leider auch häufig vor, daß die Männer brutal das Recht des körperlich Stärkeren anwenden, um die eigene Haut in Sicherheit zu bringen. Frauen sind stärker im Ertragen von Schmerzen. Wer hätte nicht schon einen von Schmerzen geplagten Mann gesehen! Stück um Stück bröckelt seine sonst so deutlich zur Schau getragene Manneswürde ab, und zurück bleibt ein mitleidheischendes, jammerndes Wesen.

Zum Erstaunen vieler Ehemänner, die bei ihren Frauen nur Kenntnisse in der Küche erwartet hatten, entpupen sich viele Frauen als geistig beweglicher als ihre Ehegefährten. Die Frauen können nämlich nicht nur schneller sprechen, was von den Männern widerspruchslos anerkannt werden muß, sondern schneiden auch in Sprachlehrgängen und anderen Kursen besser ab als ihre Männer.



Auch schon in den Schulklassen zeigt sich die größere geistige Beweglichkeit der Mädchen. Sie lernen leichter als Jungen, sind fleißiger und ordentlicher und bilden so den Schrecken für die Jungen, die sich durch die Mädchen zu überflüssigem Eifer verdammt sehen. Natürlich können die Frauen auch den Anspruch auf größere Schönheit erheben. Körperliche und organische Mißbildungen sind bei Männern viel häufiger als bei Frauen.

Und so können wir mit Recht sagen: „... wir sind der Schöpfung Meisterstück!“

Marlies.

Das ist ja ein toller Artikel! Mut? Nein, so viel Mut habe ich denn doch nicht. Ich werde den Deibel tun und diesen Artikel veröffentlichen! Da würden mir die Kollegen schön die Möbel geradestellen. Schreiben wir der kühnen Kämpferin einen braven Brief.

Ich diktiere:

Liebe Kollegin Marlies!

Vielen Dank für Ihre freimütigen Zeilen, die das Mitteilungsblatt leider aus technischen Gründen nicht veröffentlichen kann. (Technische Gründe — tadellos gesagt.) Schade, schade!

Ich diskutiere nicht gern mit jungen Damen, vor allem nicht über ein Thema, in dessen Behandlung wir Männer allzu leicht den Kürzeren ziehen. Trotzdem, Sie haben bei all den geschilderten weiblichen Vorzügen eine Tugend vergessen: die Frau vergißt schneller als der Mann. Deshalb werden Sie auch vergessen haben zu erwähnen, daß z. B. die Frauen eine schwächere Muskelkraft haben als die Männer; und „wo

rohe Kräfte sinnlos walten . . ." Aber im Ernst: es spricht viel für — es spricht viel gegen, wenn . . . Ich müßte als Mann mit leicht erhobenen Zeigefinger sagen:

Männer können mehr als Frauen!

So sind unbestritten technische Erfindungen und schwierige Berechnungen — die Führung des komplizierten Haushaltsbuches nehme ich liebenswürdigerweise aus — nüchterne Sache der Männer. Darin sind sie nach gewissenhaften Feststellungen — ebenso auch im abstrakten, logischen Denken — um rund 50 Prozent den Frauen überlegen.

Sicherlich sind die Frauen im allgemeinen musikalischer als die Männer — die Klaviatur in Dur und Moll der Gardinenpredigt sei schamhaft verschwiegen —, aber sie sind musikalisch unschönerisch. Auch in der bildenden Kunst, Plastik, Malerei, führen die Männer in weitem Abstand.

Es gibt zwar, so wird behauptet, mehr ausgesprochen dumme Männer als ausgesprochen dumme Frauen — es gibt aber auch anerkanntermaßen unter den Männern weit mehr Hochintelligente als unter den Frauen. Nach Feststellungen des Franklin-Institutes in Philadelphia sind die Männer weit bessere Autofahrer als die Frauen. Ein Wiener Institut behauptet glatt das Gegenteil; aber die Wiener — „Küßdiehandgnädigste!“ — sind ja auch galanter.

Die Männer haben weniger Vorurteile als die Frauen — das wird augenfällig, wenn man manche Ehepaare sieht.

Die Männer interessieren sich weit weniger um die Angelegenheiten anderer als die Frauen. Man könnte gerade zu diesem Problem endlose Kommentare schreiben.

Weit überlegen sind die Männer den Frauen in der geistigen Konzentration auf eine bestimmte Aufgabe. Dafür steuern die Frauen viel konzentrierter auf ihr Endziel: Ehe.

Sehr sympathisch ist der männliche Charakterzug, weniger nachtragend zu sein als die Frauen. — Nein, das hat mit dem schwächeren Gewissen nichts zu tun. Und ein besonders schöner Zug: Ich weiß jeden Mann mit mir einig, wenn ich sage — welche Frau wäre dessen fähig! —, daß wir Männer es als uninteressant und reizlos finden würden, wenn Mann und Frau ganz gleich wären, daß vielmehr in der gegenseitigen Ergänzung das ganze Schöne liegt, daß wir deshalb die Frauen durchaus so sehen und behalten wollen, wie sie sind. Ja, Großmut ist auch eine männliche Tugend! So darf ich mit dem Wunsche, daß wir uns nunmehr gegenseitig Generalabsolution erteilen, verbleiben Ihr . . .

usw. usw. Haben Sie? Gott sei Dank! Der blöde Brief wäre geschafft!

BETRIEBSKRANKENKASSE

Beiträge zur Sozialversicherung

Wir hören aus Mitgliederkreisen oft, daß unsere Versicherten erhebliche Abzüge „für die Krankenkasse“ hätten. Offenbar sind viele der Meinung, daß der gesamte Betrag, der unter „Soziale Beiträge“ aufgeführt ist, der Krankenkasse zufließt. Das ist aber nicht der Fall, sondern die Krankenkasse ist durch den Gesetzgeber beauftragt, alle sozialen Beiträge einzuziehen, also auch die Beiträge für die Invalidenversicherung bzw. Angestelltenversicherung und für die Arbeitslosenversicherung. Dieser in Abzug gebrachte Gesamtbeitrag stellt die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung dar, wohingegen die andere Hälfte der Arbeitgeber hinzutut. Dem Arbeitnehmer werden abgezogen: „Für die Krankenversicherung 3 Prozent, für die Renten-(Invaliden- bzw. Angestellten-)versicherung 5 Prozent und für die Arbeitslosenversicherung 2 Prozent des Arbeitslohnes“. Dabei ist aber der zugrunde liegende Lohnbetrag verschieden, weil die versicherungspflichtige Höchstgrenze in den einzelnen Versicherungszweigen und auch bei Arbeitern und Angestellten nicht die gleiche ist.

Arbeiter sind in allen Versicherungszweigen ohne Rücksicht auf ihr Einkommen versicherungspflichtig. Für die Beitragszahlung wird aber bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung nur das Einkommen bis zu 375,— DM im Monat berücksichtigt, wohingegen bei der Invalidenversicherung das Einkommen bis zu 600,— DM im Monat der Beitragszahlung zugrunde gelegt wird. Infolgedessen muß zu dem Gesamtbeitrag, der den Lohn bis zu 375,— DM enthält, noch ein Sonderbeitrag für die Differenz zwischen 375,— DM und dem tatsächlichen Arbeitslohn gezahlt werden. In der Lohnabrechnung war bisher der erstgenannte Gesamtbeitrag unter Nr. 5 und der Mehrbeitrag zur Invalidenversicherung unter Nr. 6 aufgeführt. Die neuen Abrechnungen enthalten in Nr. 1 die bisherige Nr. 5 und 6 in einer Summe. Wer mehr als 375,— DM im Monat verdient, zahlt 10 Prozent seines Verdienstes für alle Sozialversicherungszweige, wer darüber verdient, bezahlt 10 Prozent von 375,— DM für alle Sozialversicherungszweige und dazu für den 375,— DM übersteigenden Betrag 5 Prozent. Soweit der Arbeitslohn 600,— DM im Monat übersteigt, wird er zur Sozialversicherung nicht berücksichtigt.

Angestellte sind bei der Krankenkasse nur bis zu einem Einkommen bis zu 375,— DM versichert und können sich, wenn sie mehr verdienen, bei der Krankenkasse frei-

willig weiterversichern. Zur Angestellten- und zur Arbeitslosenversicherung sind sie versicherungspflichtig bis zu einem Einkommen von 600,— DM im Monat. Wenn sie mehr verdienen, können sie sich in der Angestelltenversicherung freiwillig weiterversichern lassen, was sehr zu empfehlen ist. In der Arbeitslosenversicherung gibt es keine freiwillig Versicherten. Auf dem Gehaltszettel sind die Beiträge von Pflichtversicherten für alle drei Sozialversicherungszweige unter „Soz.-VKAR“ aufgeführt; bei denjenigen, die über 375,— DM verdienen, erscheinen die Beiträge zur Arbeitslosen- und Angestelltenversicherung unter „Soz.-VAR“, freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung unter „Kr.-K. (freiw.)“, und freiwillige Beiträge zur Angestelltenversicherung unter „Ang.-V. (freiw.)“.

Wir hoffen, unsere Mitglieder mit dem Vorstehenden darüber aufgeklärt zu haben, daß von den abgezogenen Sozialversicherungsbeiträgen die Krankenkasse das wenigste bekommt und wie sich der Beitrag zusammensetzt. Wer noch über irgendwelche Fragen dieser Art im Zweifel ist, kann bei unserer Betriebskrankenkasse Auskunft bekommen.

Krankmeldung

Bei Krankheitszeiten, die nicht länger als drei Tage dauern, wird es häufig versäumt, eine Krankmeldung einzureichen, weil Anspruch auf Krankengeld nicht entstanden ist. Dem Kranken fehlt dann aber eine Rechtfertigung gegenüber seinem Betrieb für sein Fehlen. Eine private Bescheinigung des Arztes zur Hergabe an den Betrieb ist kostenpflichtig, denn der Arzt steht nicht zum Werk, sondern nur zu der Betriebskrankenkasse in einem Vertragsverhältnis. Es ist deshalb erforderlich, daß bei diesen kurzfristigen Krankheiten der Krankenkasse die Krankmeldung vorgelegt wird, die dann ihrerseits den Betrieb benachrichtigt.

Wir machen bei dieser Gelegenheit nochmals darauf aufmerksam, daß Krankmeldungen, die beim Betrieb abgegeben wurden, von der Krankenkasse nicht anerkannt werden, solange sie nicht bei der Krankenkasse vorliegen; andererseits werden aber die Betriebe von jeder bei der Krankenkasse eingegangenen Krankmeldung in Kenntnis gesetzt. Deshalb müssen Krankmeldungen immer ohne Rücksicht auf die Dauer der Erkrankung bei der Betriebskrankenkasse abgegeben werden.

Betriebskrankenkassen auch heute noch zeitgemäß

Bernhard Stade, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Betriebskrankenkassen, schreibt uns hierzu:

Das Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung vom 22. Februar 1951 ist ein Markstein in der Entwicklung des Sozialversicherungsrechts Westdeutschlands nach 1945. Es beseitigt das „Führerprinzip“ in der Verwaltung der Versicherungsträger und den Organen der Rechtsprechungsbehörden aus der nationalsozialistischen Zeit. Die beiden Sozialpartner, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, werden wieder wie vor 1933 durch gewählte Repräsentanten an der Durchführung der Sozialversicherung maßgebend beteiligt. Daneben bringt aber auch das Gesetz eine Reihe wichtiger Änderungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung.

Das Gesetz, welches in der Öffentlichkeit lebhafteste Diskussionen auslöste, hat eine lange Vorgeschichte, war und ist auch heute noch heftig umstritten. Das gilt besonders für den § 14 des Gesetzes bezüglich der Wiederzulassung von Trägern der Krankenversicherung.

Bis zum Jahre 1934 bestand gemäß § 245 der Reichsversicherungsordnung für den Arbeitgeber die Möglichkeit, sofern er mindestens 150 Versicherungspflichtige beschäftigte, eine Betriebskrankenkasse zu errichten. Diese Möglichkeit wurde durch die Sperrverordnung vom 10. Oktober 1934 beseitigt. Der § 14 des neuen Gesetzes hebt diese Verordnung auf und lautet in neuer Fassung wie folgt:

§ 14

Wiederzulassung von Trägern der Krankenversicherung

(1) Die Siebente Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung vom 10. 10. 1934 (Reichsgesetzblatt I S. 976) wird aufgehoben.

(2) Der § 245 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

„(1) Ein Arbeitgeber kann für jeden Betrieb, in dem regelmäßig mindestens vierhundertundfünfzig Versicherungspflichtige, für jeden landwirtschaftlichen Betrieb oder jeden Binnenschiffahrtsbetrieb, in dem er regelmäßig mindestens einhundertundfünfzig Versicherungspflichtige beschäftigt, eine Betriebskrankenkasse errichten. Ferner kann er für mehrere Betriebe, in denen er regelmäßig insgesamt mindestens vierhundertundfünfzig, bei landwirtschaftlichen Betrieben oder bei Binnenschiffahrtsbetrieben mindestens einhundertundfünfzig Versicherungspflichtige beschäftigt, eine gemeinsame Betriebskrankenkasse errichten. Der Bundesminister für Arbeit oder die von ihm beauftragte Stelle kann für einzelne Betriebe eine geringere Mindestzahl festsetzen, wenn besondere Verhältnisse die Errichtung einer Betriebskrankenkasse angezeigt erscheinen lassen.“

Damit ist die seit 1934 unverändert bestehengebliebene Errichtungssperre aufgehoben worden. In sehr vielen Fällen haben nunmehr Betriebsleitungen im Einvernehmen mit ihren Betriebsvertretungen und Belegschaften Anträge auf Neuerrichtung von Betriebskrankenkassen gestellt.

Nach Beseitigung vieler Zweifel haben die Oberversicherungsämter bereits die ersten Genehmigungen von Betriebskrankenkassen beschlossen. Über weitere Errichtungen von Betriebskrankenkassen wird demnächst beschlossen werden.

Der Neuerrichtung von Betriebskrankenkassen wird von sehr vielen Stellen, vornehmlich von denen, die Anhänger einer Einheitsversicherung sind, heftigster Widerstand entgegengesetzt. In zahlreichen Versammlungen und Zeitungsartikeln wird die Arbeiterschaft vor der Neuerrichtung von Kassen gewarnt, in der unsäglichsten Form werden die Betriebskrankenkassen als „schädlich“, „unsozial“ und „Einrichtungen zu Nutzen der Arbeitgeber“ hingestellt, allerdings ohne Erfolg. Die bis jetzt unter Aufsicht der Versicherungsämter stattgefundenen Abstimmungen in den Betrieben ergaben in den meisten Fällen 90 bis 100 Prozent Ja-Stimmen für die Neueinrichtung.

Die Belegschaften stehen durchweg positiv zu ihren Betriebskrankenkassen; sie verwahren sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf, arbeitgeberhörig zu sein, schon deshalb, weil die 2,5 Millionen Versicherten in den Betriebskrankenkassen durchweg Gewerkschaftler sind, worauf es auch zurückzuführen ist, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer schon seit 1945 freiwillig und ohne gesetzliche Grundlage die Selbstverwaltungsorgane

geschaffen haben, die der Gesetzgeber nunmehr erst noch schaffen will. Dies gilt übrigens nicht nur für die Betriebskrankenkassen selbst, sondern in gleichem Maße für die Organe der Verbände dieser Kassen. Seit 1945 haben nämlich beide Sozialpartner bei ihren Landesverbänden und beim Hauptverband der Betriebskrankenkassen und ihren Vorgängern Vorstände und Vertreterversammlungen.

Unsere Versicherten haben es an der erforderlichen Initiative, sich Einfluß auf die Gestaltung ihrer Versicherung zu schaffen, nicht fehlen lassen. Ich würde es begrüßen, wenn die Versicherten anderer Kassenarten ein gleiches reges Leben entfaltet hätten, wie wir es getan haben und noch tun.

Unsere Versicherten sehen in den Betriebskrankenkassen nicht ausschließlich einen Träger der Krankenversicherung, sondern sie sehen darüber hinaus die Betriebskrankenkassen als eine sozial- und wirtschaftspolitische Einrichtung der Betriebe von hervorragender Bedeutung an.

Von den Betriebskrankenkassen gehen weite Ausstrahlungen über die betriebliche Fürsorge in Zusammenarbeit von Betriebsvertretung und Werksleitung, wie Wohlfahrts Einrichtungen, Altersfürsorge, Erholungskuren, Kinderverschickung, Hauspflege und andere mehr, Einrichtungen, die dem Versicherten ein Gefühl der sozialen Sicherheit vermitteln und so dazu beitragen, die gesamte Volkswirtschaft zu stärken.

Die Betriebskrankenkassen werden von dem Vertrauen der Versicherten getragen. Die Versicherten stehen innerlich und äußerlich ihrer Kasse nahe. Sie können sich leicht und rasch an ihre Kasse wenden, sich persönlich oder durch ihre Betriebsräte oder Versicherungsvertreter beraten und betreu lassen, ohne weite Wege machen zu müssen.

Die Vertreter der Versicherten, die in den weitaus meisten Fällen Betriebsräte oder Betriebsratsvorsitzende ihrer Betriebe sind, Geschäftsführung und Vorstände unserer Verbände nehmen bezüglich Neuerrichtung von Kassen eine neutrale Haltung ein. Sie lehnen es ab, für die Errichtung neuer Krankenkassen laute Propaganda zu machen. Wir haben bisher den Kollegen und allen an diesen Fragen Interessierten Gelegenheit gegeben, sich ein unmittelbares Bild von den Arbeiten bei den Betriebskrankenkassen zu machen. Das geschah durch Vermittlung von Besichtigungen, Besprechungen usw. Bei den Besichtigungen von Betrieben mit Betriebskrankenkassen wurde der Hauptwert auf unmittelbare Eindrücke gelegt, die durch umfangreiche Befragung der Betriebskollegen über die Leistungen ihrer Kasse vermittelt werden.

Einige Artikel in Gewerkschaftszeitungen und in der Tagespresse veranlaßten die zwölf stellvertretenden Vorsitzenden und Versichertenvertreter unserer Landesverbände, Rücksprache zu nehmen mit dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestages, der auch zu gleicher Zeit Vorstandsmitglied des DGB ist. Die statt-

Vom Menschen

Wir können nicht immer große Dinge tun, aber wir haben die Möglichkeit, in kleinen Dingen etwas Großes zu legen.

Die klangreichste Glocke ist stumm, wenn sie nicht angeschlagen wird.

Laßt immer in den großen Traum des Lebens kleine bunte Träume weben.

Wo man am meisten fühlt, weiß man nicht viel zu sagen.

Der Mensch hat dreierlei Wege, klug zu handeln: 1. durch Nachdenken; das ist der edelste; 2. durch Nachahmen; das ist der leichteste; 3. durch Erfahrung; das ist der bitterste.
(Konfuzius)

gefundene Aussprache hat gezeigt, wie notwendig solche Rücksprachen auch bei diesen Stellen sind.

Meine Kollegen und ich, die überwiegend seit Jahrzehnten in der Gewerkschaftsarbeit stehen, haben den Eindruck, daß man auch an führender Stelle innerhalb der Gewerkschaften die positive Arbeit der Vertreter der Versicherten bei den Betriebskrankenkassen und ihren Verbänden einschließlich des für das Bundesgebiet zuständigen Hauptverbandes anerkennt. Es scheint mir bedeutsam und erwähnenswert zu sein, daß der Bundestagsabgeordnete Richter, der in der Sozialpolitik innerhalb des DGB und des Bundestages eine führende Rolle spielt, nach einer Notiz in der Tageszeitung „Der Tag“ vom 1. 12. 1951 vor Berliner DGB-Funktionären betonte: den Gewerkschaften komme es in erster Linie auf die Leistungen der Sozialversicherung, nicht auf ihre Organisationsform an; der DGB trete nicht für eine bestimmte Krankenkasse und Krankenkassenform ein.

Wenn die Verfechter einer Einheitsversicherung im allgemeinen und der Krankenversicherung im besonderen der

öffentlich zum Ausdruck kommenden Meinung sind, daß die Betriebskrankenkassen durch ihr Dasein einer „allgemeinen Leistungssteigerung in der sozialen Versicherung im Wege stehen“, so muß dem energisch widersprochen werden. Das große Interesse der Versicherten bei der Betriebskrankenkasse beruht auf der unmittelbaren und unbürokratischen Zusammenarbeit der Betriebe, Versicherten und Kassenleitung.

Hier ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im weitesten Sinne schon seit Jahren wirksam geworden.

Ich bin der Meinung, daß der Streit um die Organisationsform der Sozialversicherung nicht dienlich ist. Es müssen alle Sozialversicherungseinrichtungen gefördert werden, welche die Sozialpartner in enge und wirkungsvolle gemeinsame Arbeit zusammenbringen. Dieses ist bei den Betriebskrankenkassen und ihren Verbänden seit Jahren auch ohne die gesetzlichen Grundlagen freiwillig sichergestellt worden. Das hat sich zum Segen der Versicherten und ihrer Familien ausgewirkt.

Unfälle im Monat März

Im Monat März ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 128 leichte und 1 schwerer Unfall, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 17 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschafts- zahl:	leicht:	schwer:	tödlich:	Summe:
Hochofen	640	8 (13)	— (—)	— (—)	8 (13)
Zementfabrik	79	— (4)	— (—)	— (—)	— (4)
Thomaswerk	302	9 (7)	— (—)	— (—)	9 (7)
Martinwerk	496	6 (15)	— (—)	— (—)	6 (15)
Steinfabrik	135	— (2)	— (—)	— (—)	— (2)
Phosphatmühle	78	2 (1)	— (—)	— (—)	2 (1)
Kaliberwalzwerke	993	18 (18)	— (—)	— (—)	18 (18)
Blechwalzwerk I/II	367	15 (7)	— (—)	— (—)	15 (7)
Werk Barop	506	18 (8)	— (—)	— (—)	18 (8)
Breitbankwalzwerk	159	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Spez. Blechwalzwerk	145	3 (2)	— (—)	— (—)	3 (2)
Preß- und Hammerwerk	163	1 (9)	— (—)	— (—)	1 (9)
Werkstatt Stockheide	41	2 (—)	— (—)	— (—)	2 (—)
Kaltwalzwerk	260	3 (2)	— (—)	— (—)	3 (2)
Drahtverfeinerung	360	3 (3)	— (—)	— (—)	3 (3)
Maschinenabteilung	1298	5 (7)	— (—)	— (—)	5 (7)
Elektr. Abteilung	468	5 (2)	— (—)	— (—)	5 (2)
Mechanische Werkstätten	520	4 (7)	— (—)	— (—)	4 (7)
Eisenbahnbetriebe	876	14 (11)	1 (—)	— (—)	15 (11)
Baubetriebe	446	3 (10)	— (—)	— (—)	3 (10)
Fahrbetriebe	69	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Versuchsbetriebe	128	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Sonstige Betriebe	329	1 (2)	— (—)	— (—)	1 (2)
Lehrwerkstatt	205	7 (4)	— (—)	— (—)	7 (4)
Sozialbetriebe	305	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Hauptverw.- u. Betr.-Ang.	1515	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Summe	10 883	128 (135)	1 (—)	— (—)	129 (135)
Wegeunfälle		17 (4)	— (—)	— (—)	17 (4)

Der schwere Unfall ereignete sich in der Abteilung Eisenbahn. Bei Ausführung von Rangierarbeiten in dem Gleis der Zementfabrik/Sinterdamm war der Rangierer Wolfgang Koyka damit beschäftigt, einen beladenen Wagen aus

einem Leerzug auszurangieren. Koyka trat zwischen die Waggons und gab das Signal zum Andrücken. Während die Lokomotive drückte und Koyka im Begriff war, aus dem Gleis zu treten, geriet er mit dem linken Fuß unter eine ausgekofferte Schwelle, fiel hin und wurde von dem anrollenden Zug erfaßt. Koyka wurde das linke Bein bis zum Knie abgefahren.

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern abgestellt. Oberregierungsrat Dr. Holthöfer von der Regierung in Arnberg, Gewerberat Brune und Dr. Didier von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft besichtigten die Unfallschutzeinrichtungen des Blechwalzwerkes I/II. Dr. Will von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft besichtigte die Unfallschutzeinrichtungen verschiedener Betriebsabteilungen.

Im Berichtsmonat wurden von uns Unfallschutzeinrichtungen des Kaltwalzwerkes, des Werkes Barop, des Walzwerkes I, des Knüppellagers, des Mischers, der Beizerei, der Erzbrücke, der Hochöfen und verschiedener Baustellen auf dem Gelände Stockheide überprüft.

Mit den Unfallvertrauensmännern des Werkes Barop fand am 20. März 1952 eine Besprechung statt.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk bzw. von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft:

Maschinist Lippke, Maschinenabteilung;
Blockverlader Meiritz, Werk Barop;
Walzer Althaus, Werk Barop.

DER WERKSARZT SPRICHT

Für den empfindlichen Magen

Ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Menschen hat einen empfindlichen Magen, dem eine Magenschleimhautentzündung, eine Geschwürbildung, ein Zuviel oder Zuwenig an Magensäureproduktion zugrunde liegt. Alle derart Erkrankten sind gehalten, ihren Magen zu schonen, wenn sie das Leiden nicht verschlimmern wollen. In den folgenden Zeilen sollen grundlegende Richtlinien gegeben werden, an die sich Magenleidende halten sollten, um Heilung anzustreben oder zumindest um eine Verschlimmerung zu vermeiden.

Bei der Ernährung des Magenkranken sind zwei Gesichtspunkte maßgebend. Einmal das Prinzip der Schonung, um eine Abheilung der entzündlichen Veränderungen zu ermöglichen, zum anderen das Prinzip der Übung, um den Verdauungskanal allmählich an eine vermehrte Belastung zu

gewöhnen, damit der Küchenszettel auf die Dauer nicht allzu farblos gestaltet werden muß.

Bei allen Schleimhautentzündungen und Geschwüren sollen die Speisen vermieden werden, die vermehrte Säureproduktion verursachen: Gebratenes Fleisch, gesalzener oder geräucherter Fisch, Fleischbrühe, Fleischextrakt, Pfeffer, Senf, Nelken, Meerrettich, Alkohol, Bohnenkaffee, Neskafee. Vermieden werden sollen alle Speisen, die besonders lange im Magen verweilen: Schweine- und Hammelfleisch, Gänsebraten, marinierte und in Öl eingelegter Fisch, Salzhering, alle Hülsenfruchtarten, fettreicher Kuchen.

Fleisch: Es sollte nur „weißes“ Fleisch gegessen werden, also Kochfisch, Kalbfleisch, junges Geflügel. „Rotes“ Fleisch — Rind-, Hammel- und Schweinefleisch — enthält besonders

viel schlecht verdauliches Bindegewebe bei erhöhtem Fettgehalt. Wichtig bei der Zubereitung ist, daß das zu kochende Fleisch in kaltem Wasser aufgesetzt wird, weil dann die säurelockenden Extraktivstoffe in das Wasser übergehen. Will man zu Braten übergehen, was nur nach wesentlicher Besserung des Zustandes zu empfehlen ist, so darf dieser nur bei mildem Feuer bereitet werden, und die Kruste ist vor dem Genuß als starker Säurebildner zu entfernen. Auch darf das Fleisch nicht paniert werden.

Fisch: Nur fettarme Fische sind zu empfehlen, wobei Kochfisch viel zuträglicher ist als Bratfisch. Hering und Aal sind zu vermeiden, ebenso alle geräucherten, marinierten oder in Öl eingelegten Fische.

Eier: Roh als Trinkei, als weichgekochtes Ei, als ganz milde gebackenes Omelett, wobei das Eiweiß vorher zu Schnee geschlagen wird. Unbekömmlich sind Soleier oder scharf gebackenes Ei.

Milch: Der Magenempfindliche sollte jeden Tag ein halbes Liter Milch zu sich nehmen, entweder in kleinen Schlucken über den Tag verteilt genommen oder, besser, in Tee oder Malzkaffee gelöst, weil dann die Gerinnung im Magen feinflockiger erfolgt; oder in Form von Milchsuppen mit Haferschleim oder Mehl. Rahm, in kleinen Mengen der Milch oder anderen Speisen zugesetzt, sowie Dickmilch und Joghurt wird gut vertragen.

Käse: Außer Quark und den milden gewürzarmen Käsesorten wie Velveta und Gervaiskäse ist der Genuß von Käse zu vermeiden.

Fette: Einwandfreie Butter und gute Margarine sind erlaubt, desgleichen Olivenöl, Sahne in kleinen Mengen. Unverträglich sind in der Regel Schmalz, Rinder- und Hammeltalg, Gänsefett.

Getreideprodukte: Alle Backwaren aus feinem Mehl sind leicht verdaulich, besonders altbackenes Weißbrot und Zwieback. Wegen des hohen Vitamingehaltes ist

bei Besserung des Zustandes auch feinvermahlenes Vollkornbrot, wie es z. B. das Knäckebrot darstellt, anzuraten. Konditoreiwaren sind strikte zu vermeiden. Einfache Suppen und Breie sowie Puddings (ohne Mandel- und Nußzusatz), auch weich gekochter Reis werden gut aufgenommen. Vorsicht bei Pfannkuchen, die nur mit Eischnee aufgelockert und ganz milde gebacken zubereitet werden sollen.

Gemüse: Kartoffel am besten nur in Breiform, niemals gebraten. Möhren, Spinat und Blumenkohl werden zweckmäßig auch in Breiform (durchgedreht) gereicht. Tomaten, Kohlrabi, Salate, Wirsing- und Rosenkohl sind nur im Besserungsstadium und dann nur in geringen Mengen angebracht. Erbsen, Bohnen, Linsen, Weißkohl, Rotkohl und Sauerkraut werden schlecht vertragen. Zarte junge Erbsen sind erlaubt.

Früchte: Rohe Früchte verursachen meistens Beschwerden, besonders im akuten Stadium des Leidens. Schalenfreie Früchte, wie Himbeeren, Blaubeeren, Erdbeeren, Apfelsinen und Bananen, sind zuträglicher. Rohe Äpfel sind in geriebenem Zustand leichter verdaulich, Obstsäfte und wenig süße Kompotte sind erlaubt. Auch Pflaumenmus, wenig gesüßt, ist zuträglich und wegen der stuhlfördernden Wirkung geschätzt. Von Nüssen und Mandeln ist abzuraten.

Gewürze: Senf, Pfeffer und Paprika sollten nicht zur Anwendung kommen, Salz in beschränktem Umfang. Zimt, Muskat und Vanille sind erlaubt. An Küchenkräutern dürfen Bohnenkraut, Boretsch, Dill, Schnittlauch, Melisse und Petersilie — alles in Maßen — zur Anwendung kommen.

Getränke: Milch und Tee sind die wichtigsten Getränke der Schonkost, dazu Malzkaffee, kein Bohnen- oder Neskafee. Wegen des Reichtums an ätherischen Ölen empfiehlt sich die Verwendung von Pfefferminz-, Fenchel-, Anis- und Kümmeltee, auch von Mischungen dieser Tees. Kakao wird oft nicht gut vertragen. Von alkoholischen Getränken ist am bekömmlichsten der Rotwein, während Weißwein, besonders wenn er am Abend genommen wird, meistens Schmerzen hervorruft.

Veranstaltungen

in der Sport- und Erholungsanlage der Westfalenhütte AG

Mittwoch, den 30. April, 19.30 Uhr:

FRUHHJAHR-S-KONZERT

Veranstalter:

Sozialabteilung der Westfalenhütte AG

Mitwirkende:

Werkesorchester der Westfalenhütte

Männergesangsverein „Westfalen“ — Städt. Bühnen

Donnerstag, den 1. Mai, 19 Uhr:

MAIFEIER DER SPD

Veranstalter:

SPD-Ortsgruppe Dortmund Nord-Ost

Mitwirkende:

Werkesorchester der Westfalenhütte AG

Männergesangsverein „Westfalen“ — Städt. Bühnen

Festredner:

Bundestagsabgeordneter und Innenminister a. D.

Harald Koch (Hessen)

Sonnabend, den 3. Mai, 19 Uhr:

WOHLTÄTIGKEITS-KONZERT

Veranstalter: Arbeiter-Wohlfahrt

Mitwirkende:

Werkesorchester der Westfalenhütte AG

Männergesangsverein „Westfalen“

Turnerbund „Hörde 1895“

Festredner:

Albert Kleyn, Stadtverbands-Vorsitzender
der Arbeiter-Wohlfahrt, Castrop-Rauxel

Sonntag, den 4. Mai, 19 Uhr:

GROSS-VARIETE-VERANSTALTUNG

Veranstalter:

Sozialabteilung der Westfalenhütte AG

Mitwirkende:

Werkesorchester der Westfalenhütte AG

Auserlesene Künstler

Sämtliche Veranstaltungen finden im Festzelt statt und werden für die Besucher der Anlage übertragen.

Eintrittspreis

im Festzelt: 0,50 DM, in der Anlage: 0,30 DM.

Karten für die Veranstaltungen der Sozialabteilung sind bei den Betriebs-Vertrauensmännern und im „Büro für Veranstaltungen und Erholung“ erhältlich, Karten für die übrigen Veranstaltungen bei den jeweiligen Veranstaltern. Am Eingang der Anlage sind Karten für alle Veranstaltungen zu haben.

Die bekannten Sommer-Konzerte und die beliebten Kinderfeste werden in Kürze wieder stattfinden. Nähere Angaben ergehen noch.

Unsere Ärzte (3.)

Wir geben nachstehend unseren Mitgliedern die Anschriften und Sprechstundenzeiten
der Ärzte von Groß-Dortmund bekannt

Fachärzte für Haut- und Geschlechtskrankheiten

Dr. med.

	Sprechstundenzeit:		Tel.:
	Krankenanstalten	Wohnung	
Bergmann, Dortmund, Hermann-Löns-Straße 14 (RVO. auf Überweisung)	9.00—11.00	16.00—18.00	41601
	Sprechstundenzeit:		Tel.:
		mittw. u. samst.	
Bleckmann, Dortmund, Rheinische Straße 29	10.00—13.30, 15.00—17.00		3 23 35
Bettermann, Dorstfeld, Wittener Straße 16	16.00—18.00	mittw. 15.00—18.00	3 29 84
Blome, Prof., Kielstraße 34	10.00—13.00, 16.00—17.30	10.00—13.00	3 13 93
Fleischmann, Reinoldstraße 2	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00	3 00 01
Hagen, Hansaplatz 2	9.00—12.00, 15.00—18.00	9.00—12.00	2 23 71
Junkermann, Dortmund, Fürstenbergweg 1	9.00—12.00, 15.00—18.00	9.00—12.00	4 11 10
Kiermayr, Markt 4	9.00—13.00, 15.00—18.00	9.00—13.00	2 12 72
Kollmeier, Wilh., Hiltropwall 2	10.00—13.30, 16.00—18.00	10.00—13.30	2 33 84
Kollmeier, Heinr., Westenhellweg 17	9.00—13.00, 15.00—17.00	9.00—13.00	3 57 33
Schüler, Hörde, Rathausstraße 15	9.30—12.00, 15.30—18.00	9.30—12.00	4 18 49
Schulte-Beerbühl, Kaiserstraße 120	9.00—12.00, 16.00—19.00	9.00—12.00	3 49 04
Stemann, Hohe Straße 59	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00	2 47 39
Ulmer, Dortmund, Moltkestraße 2	9.00—11.00, 15.00—18.00	9.00—11.00	3 32 15
Winter, Münsterstraße 27	9.00—11.00, 15.00—18.00	9.00—11.00	3 55 07

Fachärzte für Kinderkrankheiten

Baukloh, Dortmund, Kaiserstraße 15	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	2 14 88
Becker, Lütgendortmund, Limbecker Straße 20	10.00—11.00	10.00—11.00	
Hornickel, Dortmund, Erwinstraße 4			3 05 28
Moldenhauer, Dortmund, Heiliger Weg 10	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	2 31 98
Overlack, Dortmund, Kielstraße 34	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	3 34 42
Reckmann, Südwall 31	10.00—12.00, 14.00—16.00	10.00—12.00	2 25 16
Rettig, Barop, Bahnhofstraße 19	9.00—12.00		3 35 86
Singer, Dortmund, Von-der-Tann-Straße 5	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	2 33 19
Suberg, Hörde, Bollwerkstraße 4	8.00—12.00	8.00—12.00	4 05 84
Temming, Dortmund, Saarlandstraße 5	9.00—13.00	9.00—13.00	2 12 75
Tiemann, Dortmund, Ostwall 1	8.00—11.00, 15.30—16.30	8.00—11.00	2 41 05
Vierhaus, Poststraße 1	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00	2 38 61

Fachärzte für Innere Krankheiten

Arens, Dortmund, Münsterstraße 115	11.00—13.00, 16.00—18.00	11.00—13.00	2 28 06
Brockmann, Arnekestraße 7	11.00—13.00, 15.00—17.00	11.00—13.00	3 52 22
Daub, Wittbräucke, Wittbräucker Straße 59	15.00—16.00	15.00—16.00	4 94 64
Felten, Krankenhaus Kirchlinde (RVO.-Kassen auf Überweisung)			2 28 37
Heiermann, Ostenhellweg 1 (RVO.-Kassen auf Überweisung)	11.00—12.00, 15.00—17.00	11.00—12.00	2 24 69
Holterdorf, Hansbergstraße 23	8.00—11.00	8.00—11.00	2 33 67
Koch, Hörde, Bollwerkstraße 4 (RVO.-Kassen auf Überweisung)	8.00—10.00, 14.00—17.00	8.00—10.00	4 05 78
	Bethanien	Bethanien	
Koggenhorst, Hörde, Penningskamp 19	9.00—12.00, 15.00—16.00	9.00—12.00	4 01 16
Krug, Hansaplatz 2	10.30—16.00	10.30—13.00	2 49 25
Lippsoß, Heiliger Weg 49	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	2 12 93
Lüfkens, Lütgendortmund, Barbara-Hospital	15.00—18.00	10.00—12.00	6 21 33
Rienhoff, Poststraße 1	8.00—13.00	8.00—13.00	2 26 84
Restemeier, Markt 4	9.00—12.00, 15.30—17.30	9.00—12.00	2 26 08
Rodewyk, Hörde, Benninghofer Straße 10	12.30—13.30, 14.30—17.00	12.30—13.30	4 01 15
Stattmüller, Westenhellweg 12 (RVO.-Kassen auf Überweisung)			
Zernecke, Hörde, Hüttenhospital (RVO.-Kassen auf Überweisung)	15.30—16.30 u. Vereinbarung		4 17 21

Facharzt für Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten

Dönecke, Dortmund, Poststraße 4	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	2 14 16
---------------------------------	-------------------------	------------	---------

Fachärzte für Nerven- und Geisteskrankheiten

Feyerabend, Markt 4	9.30—12.00, 15.00—17.00	9.30—12.00	2 14 18
Heidemüller, Kaiserstraße 102	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00	3 35 14
Hille, Poststraße 1	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00	2 24 82
Schenk, Hansaplatz 2	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00	2 26 82
Schmirgik, Ostenhellweg 2	9.00—11.00, 15.30—17.30	9.00—11.00	4 06 16

(Fortsetzung folgt)



GEISSLER



werden unsere Erzeugnisse wegen ihrer hervorragenden Qualität seit jeher geschätzt. Trotz Rohstoffverknappung und hieraus herrührender Verlängerung der Lieferfristen wenden sich unsere alten Kunden aus dem Ausland immer wieder an uns, weil sie unserem Bestreben vertrauen, sie im Bereiche des Möglichen zufrieden zu stellen.

WESTFALENHÜTTE AG. DORTMUND